



113. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Dienstag, 12. Januar 2021

Mitteilungen des Präsidenten 3

1 Verantwortung, Entschlossenheit und Weitblick – Nordrhein-Westfalen in der Corona-Pandemie

Unterrichtung
durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

Die am 7. Januar 2021 veröffentlichte Corona-Schutzverordnung des Landes und die Entwicklung der Corona-Pandemie in NRW 3

Ministerpräsident Armin Laschet 3
Thomas Kutschaty (SPD) 7
Bodo Löttgen (CDU) 12
Verena Schäffer (GRÜNE) 15
Christof Rasche (FDP) 18
Markus Wagner (AfD) 21
Minister Dr. Joachim Stamp 23
Markus Wagner (AfD) 26

Entschuldigt waren:

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen

Marc Blondin (CDU)
Frank Boss (CDU)
Dr. Annette Bunse (CDU)
Angela Erwin (CDU)
Anke Fuchs-Dreisbach (CDU)
Wilhelm Hausmann (CDU)
Wilhelm Korth (CDU)
Bernd Krückel (CDU)
Ralf Nettelstroth (CDU)
Dr. Ralf Nolten (CDU)
Britta Oellers (CDU)
Bernd Petelkau (CDU)
Charlotte Quik (CDU)
Jochen Ritter (CDU)
Hendrick Schmitz (CDU)

Thomas Schnelle (CDU)
Simone Wendland (CDU)
Heike Wermer (CDU)

Dietmar Bell (SPD)
Martin Börschel (SPD)
Georg Fortmeier (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Carina Gödecke (SPD)
Wolfgang Jörg (SPD)
Christina Kampmann (SPD)
Carsten Löcker (SPD)
Frank Müller (SPD)
Ernst-Wilhelm Rahe (SPD)
Norbert Römer (SPD)
Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD)
Ina Spanier-Oppermann (SPD)
Marlies Stotz (SPD)
Annette Watermann-Krass (SPD)
Christina Weng (SPD)

Berivan Aymaz (GRÜNE)
Sigrid Beer (GRÜNE)
Horst Becker (GRÜNE)
Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)
Johannes Rimmel (GRÜNE)
Norwich Rüße (GRÜNE)

Daniela Beihl (FDP)
Markus Diekhoff (FDP)
Jörn Freynick (FDP)
Stephan Haupt (FDP)
Stefan Lenzen (FDP)
Marc Lürbke (FDP)
Christian Mangel (FDP)
Franziska Müller-Rech (FDP)
Dr. Werner Pfeil (FDP)
Andreas Terhaag (FDP)

Andreas Keith (AfD)
(bis 14:30 Uhr)
Sven Werner Tritschler (AfD)
Nic Peter Vogel (AfD)

Alexander Langguth (fraktionslos)
Marcus Pretzell (fraktionslos)

Beginn: 14:02 Uhr

Präsident André Kuper: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer 113. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen, die eine Sondersitzung ist, und wünsche Ihnen allen zu Beginn des neuen Jahres alles Gute, natürlich an erster Stelle gute Gesundheit. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Die Einberufung des Landtags zur heutigen Sitzung erfolgte gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 21 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung auf Antrag der Abgeordneten der Fraktion der SPD.

Ich rufe auf:

1 Verantwortung, Entschlossenheit und Weitblick – Nordrhein-Westfalen in der Corona-Pandemie

Unterrichtung
durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

Die am 7. Januar 2021 veröffentlichte Corona-Schutzverordnung des Landes und die Entwicklung der Corona-Pandemie in NRW

Die Abgeordneten der Fraktion der SPD haben mit Schreiben vom 8. Januar 2021 die unverzügliche Einberufung des Landtags beantragt.

Der Chef der Staatskanzlei hat ebenfalls mit Schreiben vom 8. Januar 2021 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zu unterrichten.

Sowohl die Abgeordneten der Fraktion der SPD als auch die Landesregierung sind mit einer verbundenen Behandlung im Rahmen der Unterrichtung durch die Landesregierung einverstanden.

Die Unterrichtung der Landesregierung erfolgt durch Herrn Ministerpräsidenten Armin Laschet. Ich erteile ihm daher das Wort.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst wünsche ich allen bei der ersten Sitzung im Jahr 2021 ein gutes und vor allem gesundes neues Jahr.

Das vergangene Jahr war ein sehr schwieriges. Es war von großen Herausforderungen und weitreichenden Entscheidungen auch hier im Landtag Nordrhein-Westfalen geprägt.

Wir können nach zehn Monaten sagen, dass Nordrhein-Westfalen bisher gut durch diese Pandemie gekommen ist. Man muss in einem solchen Moment ja auch einmal innehalten und sehen, wo unser Land im Vergleich der deutschen Bundesländer eigentlich steht. Es steht bezogen auf das Risiko, an Corona zu versterben, im oberen Mittelfeld, und zwar aufgrund der Leistungen unserer Medizin und aufgrund der Vorsicht vieler Menschen. In diesem am dichtesten besiedelten Ballungsraum in Europa – das muss man ja immer dazusagen – ist ein Platz 7, Platz 8 oder Platz 9 unter den Ländern eine große Leistung.

Wir sollten diese Anstrengungen vieler Tausend Menschen – bei allen Unterschieden, die wir haben – auch würdigen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Herausforderungen und Unsicherheiten sind über den Jahreswechsel nicht kleiner geworden. Im Gegenteil! Es ist noch komplizierter geworden.

Da sich über die Feiertage selbst – am ersten und am zweiten Weihnachtstag, an Silvester und an den anderen Tagen – deutlich weniger Menschen haben testen lassen und die Meldungen nur mit Verzögerung beim Robert Koch-Institut eingegangen sind, bekommen wir erst in diesen Tagen Stück für Stück ein valides Bild. Die Wirkungen des seit Mitte Dezember geltenden Lockdowns können heute nur schwer eingeschätzt werden. Auch wissen wir noch nicht, wie die Begegnungen an den Feiertagen auf das Infektionsgeschehen gewirkt haben.

Mein Eindruck ist, dass sich sehr viele Menschen an die Regeln gehalten haben. Wir können an den Bewegungsprofilen feststellen, wie viele Bewegungen es im Land gegeben hat.

Die Wissenschaft sagt uns, dass wir die tatsächliche Lage ab dem 17. Januar 2021, also ab nächster Woche, realistisch bewerten können.

Große Sorge bereitet uns die Mutation des Virus, wie wir sie in Südafrika und in Großbritannien sehen. Für Deutschland müssen wir sagen: Wir wissen noch nicht, wie weit sie verbreitet ist und wie ihre Wirkungen sein könnten.

Als wir im Dezember 2020 überlegten, was der nächste Schritt sein soll, haben – daran erinnere ich mich gut – Kollegen aus dem Europäischen Parlament, die mit medizinischem Hintergrund in den entsprechenden Ausschüssen tätig sind und die Lage in ganz Europa beobachtet haben, mir gesagt: Nimm dir mal ein Beispiel an Irland. Schau dir mal an, wie Irland das gemacht hat.

Irland hat einen konsequenten Lockdown bis in den Dezember hinein gemacht und war fast auf null. Schauen Sie sich nach der Sitzung einmal die Kurve aus Irland an. Sie geht erst hoch und dann sehr flach herunter – und mit einem Schlag gibt es dann

innerhalb von wenigen Tagen ein explodierendes exponentielles Wachstum, sodass Irland heute bei der Sieben-Tage-Inzidenz die dramatischsten Zahlen weltweit hat.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Das zeigt: Man könnte eine falsche Sicherheit empfinden, wenn man sich die Zahlen für NRW ansieht. Ich habe sie ja gerade beschrieben und gesagt, dass wir bisher gut durch die Krise gekommen sind.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das kann sich von einem Tag auf den anderen ändern, wenn das veränderte Virus diese exponentielle Kraft entfaltet.

Deshalb haben die Ministerpräsidenten in der Konferenz und die Landesregierung bei der Umsetzung in der Verordnung darauf geachtet, weiterhin vorsichtig zu sein.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen – ich werde das gleich noch näher erläutern – das, was verabredet wurde, eins zu eins umgesetzt; denn selbst wenn wir besser dastehen, müssen wir in ganz Deutschland ähnlich handeln.

Vor diesem Hintergrund ist die Beschlussfassung der Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin dieses Mal anders verlaufen als üblich. Wir haben uns einen Tag vorher mit Wissenschaftlern unterschiedlicher Art zusammengeschaltet – mit denen, die diese Kurven berechnen, mit Virologen und mit dem Robert Koch-Institut –, um uns exakt diese Lage, über die ich gerade spreche ...

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– Durch Zwischenrufe kann man keine wissenschaftlichen Erkenntnisse beseitigen. Hören Sie sich diese Fakten doch einfach einmal zu Ende an.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese Wissenschaftler haben uns zu genau dieser Vorsicht gemahnt. Ich sage auch: Diese Vorsicht muss für die nächsten Wochen weiter gelten. Wir sind in der Phase der Unsicherheit und müssen uns genau überlegen, was wir tun und was wir lassen.

Die aktuellen Maßnahmen gelten zunächst bis zum 31. Januar und stellen eine Verschärfung der Regeln dar, die vor Weihnachten galten. Das wichtigste Gebot auch im Januar lautet, soziale Kontakte weiter zu reduzieren.

Entsprechend haben wir das Instrument der Kontaktbeschränkung, das ja hier in Nordrhein-Westfalen einmal entwickelt worden ist, weiter verschärft. Nordrhein-Westfalen hat sich im Länderkreis dafür starkgemacht, dass Kontakte nur noch zwischen Angehörigen eines Hausstands und einer weiteren Person möglich sein sollen.

In der Ministerpräsidentenkonferenz gab es auch die Überlegung, bei der alten Regelung „fünf Personen aus zwei Haushalten“ zu bleiben. Einige haben hingegen vorgeschlagen: Können wir nicht einfach sagen, dass es nur Personen aus einem Hausstand und nicht mehr sein sollen? Warum soll eine weitere Person erlaubt sein? – Ich habe entgegnet, dass das nicht der Lebenswirklichkeit von Menschen entspricht. „Ein Hausstand“ bedeutet, dass der Alleinstehende oder die Alleinerziehende nicht einmal mehr eine Person besuchen dürfte und dass eine Familie, die einen pflegebedürftigen Vater oder eine pflegebedürftige Mutter im Altenheim hat, ihn oder sie nicht besuchen dürfte. Denn das wäre wieder ein Hausstand plus eine Person. Deshalb ist diese Regel am Ende durchgekommen.

Jetzt sagen Sie von der SPD – ich will die Grünen in diesem Fall einmal ausnehmen –, wir würden das Ganze doch nicht eins zu eins umsetzen, sondern hätten eine Ausnahme für betreuungsbedürftige Personen vorgesehen. Ja, in der Tat haben wir diese Regelung aufgenommen. Die Linie war, das, was der Bund macht, eins zu eins umzusetzen. Aber wenn eine Alleinerziehende ein drei- oder vierjähriges Kind hat, das sie nicht alleine lassen kann, muss sie ihr Kind doch mitnehmen können. Hier handeln wir entsprechend der Lebenswirklichkeit – und nicht so, wie es Ihnen vorschwebt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Gleiche gilt für Menschen, die Umgangsrechte haben, beispielsweise Geschiedene. Dass das Kind dann nach einer Woche von dem einen Partner zum anderen Partner gebracht wird, muss doch möglich sein.

Diese beiden kleinen Änderungen dann so hochzuzuzucken, sich aufzublasen und zu sagen, die Beschlüsse würden nicht eins zu eins umgesetzt, wird dem Ernst der Lage, in der wir uns befinden, nicht gerecht,

(Beifall von der CDU und der FDP)

sehr geehrter Herr Abgeordneter Kutschaty.

(Christian Dahm [SPD]: Oh!)

Und wenn Sie mir das nicht glauben, dann fragen Sie doch die kommunale Familie; ich hoffe, Sie haben Kontakt zu ihr. Pit Clausen, der Präsident des Städtetags Nordrhein-Westfalen und Oberbürgermeister von Bielefeld, hat gesagt: Wir müssen die Lebenslagen von Familien in den Blick nehmen.

Vielleicht haben Sie auch ab und an eine Schalte mit den SPD-Fraktionsvorsitzenden in anderen Bundesländern.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Es ist doch überall in Deutschland das Gleiche. Insofern verstehe ich auch einen Teil dessen, was die

Opposition macht. Dass sie zum Beispiel diese Sitzung jetzt und nicht vor der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz beantragt, wie es die Grünen gesagt haben, ist durchaus in Ordnung. Das kann man auch alles machen. Jede Opposition in Deutschland – da nehme ich SPD-regierte Länder, in denen die CDU so redet, nicht aus – darf die Regierung kritisieren.

(Lachen von der SPD)

Sie darf auch Schulminister kritisieren. Das ist überall das gleiche Spiel – egal, wer regiert.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Aber meine Bitte an Sie ist einfach: Machen Sie das so, dass Sie dadurch die Menschen nicht verunsichern. Machen Sie das so, dass Sie nicht ...

(Christian Dahm [SPD]: Das brauchen wir gar nicht mehr!)

– Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wir haben seit März die Regelung, dass die Polizei nicht in private Wohnungen hineingeht, um zu zählen, wie viele Personen sich darin befinden. Das gilt seit März in Rheinland-Pfalz, in Hessen und in Nordrhein-Westfalen. Wenn Sie sich diese drei Länder anschauen, sehen Sie, dass dort alle Farben – auch die, die hier die Opposition stellen – in der Regierung vertreten sind. Das haben wir aus gutem Grund beibehalten.

Aber wenn sich dann der SPD-Fraktionsvorsitzende hinstellt und Beispiele kreiert, wie man die vermeintliche Lücke nutzen kann, nämlich sagt, also seien Kaffeekränzchen, private Feste, private Begegnungen und private Abendessen erlaubt, erweckt er im Land den Eindruck, dass das möglich sei. Die Menschen hören dann nur diese Aussage.

Ich bitte Sie, doch besser zu sagen, die Regierung habe das unklar formuliert, aber auch in Nordrhein-Westfalen gelte „ein Hausstand plus eins“. Aber kreieren Sie bitte keine Beispiele, wie man die Verordnung umgeht. Das ist in diesen Zeiten nicht gut.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist wirklich nicht gut.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

– Frau Kollegin Schäffer, ich habe den Zwischenruf nicht verstanden, sehe aber in Ihrem Gesicht Widerspruch. Das Prinzip, dass wir nicht in Wohnungen eingreifen, gilt. Die drei Länder Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen machen das nicht. Die übrigen Länder haben zwar die Befugnis, im privaten Raum nachschauen zu dürfen, in ihren Verordnungen verankert. Aber auch dort dringt die Polizei nicht in private Wohnungen ein. Lassen Sie uns also doch etwas in die Verordnung schreiben, was wir dann auch durchsetzen. Das ist der einzige Dissens. Man kann das gut oder schlecht finden.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Dann kommunizieren Sie es doch auch so!)

– Ich versuche es ja. Hier ist doch gerade auch ein Ort der Kommunikation.

(Lachen von der SPD)

Frau Schäffer, ich kommuniziere, dass wir die Verordnung eins zu eins umsetzen. Ich kommuniziere, dass bei uns „ein Hausstand plus eine Person“ gilt. Ich sage, dass so etwas alles nicht stattfinden soll.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Aber am nächsten Tag sagt irgendein findiger Abgeordneter, das Kaffeekränzchen dürfe doch stattfinden. Ich erwarte von ihm, dass er sagt: Nein, es soll nicht stattfinden – selbst wenn es nicht ausdrücklich durch die Verordnung verboten ist.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Wir bleiben dabei: Regeln zu erlassen, deren Einhaltung sich de facto nicht kontrollieren lässt, macht keinen Sinn. Im Übrigen stehen die Länder, die anders verfahren, auch nicht besser da. Für das Ergreifen von Maßnahmen, die an der Lebensrealität der Menschen vorbeigehen, steht die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen nicht bereit.

Es ist nicht die Zeit, nach Schlupflöchern zu suchen, sondern es ist die Zeit, die geltenden Regeln im Privaten möglichst noch zu übertreffen.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Es geht darum, nicht zu überlegen, wo es ein Schlupfloch gibt, und nicht zu sagen, dass das Abendessen doch möglich ist, sondern sich selbst zu fragen: Was kann ich denn vielleicht noch mehr machen, als die Verordnung vorgibt? – Das wäre das, was uns in diesen Tagen wirklich helfen würde.

Jetzt komme ich zur 15-km-Regelung. Einige sagen, diese Regelung mache keinen Sinn. Andere sagen, diese Regelung werde vor Gericht nicht bestehen. Manche Landräte hätten diese Regelung gerne. Andere Landräte wünschen sie sich ausdrücklich nicht. Wieder andere sagen, die Landesregierung solle es vorgeben, damit sie es anwenden könnten.

Wir – damit meine ich Karl-Josef Laumann und das Ministerium – haben in all den Monaten individuell mit jedem Landkreis und jeder Stadt gesprochen, um herauszufinden, wie wir helfen können, um bei der Sieben-Tage-Inzidenz unter die Grenze von 200 zu kommen. Dabei sind gute Regelungen gefunden worden. Schließlich ist die Lage in den Städten und Kreisen unterschiedlich.

Wir haben jetzt entschieden, dass wir die Verordnung eins zu eins umsetzen. Das war bekannt. Wir setzen selbst diese 15-km-Regelung eins zu eins um, auch wenn manche an ihr zweifeln. Wir wün-

schen uns allerdings das Mitwirken der Landräte und Oberbürgermeister für ihren Kreis und ihre Stadt. So ist die Verordnung jetzt formuliert.

Der Kreis Höxter, der Kreis Minden-Lübbecke, der Kreis Recklinghausen und der Oberbergische Kreis machen das so. Das ist in Ordnung.

Drei Oberbürgermeister sagen hingegen: Wir machen das nicht. Unser Inzidenzwert liegt erst bei 211, 212, 215, und der Wert schwankt. Wir wollen also nicht entsprechend der Verordnung verfahren. – Diese drei Oberbürgermeister sind von der SPD: Herr Clausen in Bielefeld, Herr Tischler in Bottrop und Frau Welge in Gelsenkirchen.

Das werfe ich ihnen gar nicht vor. Es kann sein, dass das für Gelsenkirchen gar nicht das richtige Mittel ist. Allerdings bitte ich die Parteikollegen dieser drei SPD-Oberbürgermeister dann auch, hier nicht aufzutreten und zu behaupten, das Land regele das nicht und die Verordnung werde nicht eins zu eins umgesetzt.

Ich appelliere an Sie, ein bisschen auf die kommunale Familie zu hören. Denn die kommunale Familie hat die Möglichkeiten, es zu regeln. Das MAGS wird den Städten und Kreisen helfen. Aber wenn sie entscheiden, dass die Verordnung für ihren Kreis nicht passt, haben sie auch das Recht, es anders zu machen. Das ist unsere Herangehensweise. Diese Herangehensweise wird der Sache auch gerecht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt komme ich zur Schule. Dazu habe ich in den letzten Tagen wenig Kritik gehört.

(Lachen von der SPD)

– Ich dachte, Sie seien für die Regelung, dass die Schulen geschlossen werden. – Das ist das, was mir persönlich am schwersten fällt. Sozialdemokratische Länder weichen davon ab und ermöglichen zum Beispiel Präsenzunterricht. Das hätte ich auch gerne gemacht. Ich sehe das soziale Problem, das wir da gerade schaffen. Das ist ja der Unterschied. Wir machen es trotzdem, weil wir die Beschlüsse eins zu eins umsetzen wollten.

Wenn das die Kultusminister der SPD in anderen Ländern wie Niedersachsen und Berlin oder auch die neue Präsidentin der Kultusministerkonferenz anders sehen, habe ich davor Respekt. Ich falle nicht in einer solchen Tonlage über sie her, wie das hier zum Teil, wenn wir über Präsenzunterricht sprechen, der Fall ist. Aber zu diesem Punkt gab es relativ wenig Kritik.

Jetzt kommt die Kritik, die iCloud oder dieses oder jenes habe nicht funktioniert oder das Netz sei schwach. Das können Sie für alle 16 Länder sagen. Deutschland ist nicht so aufgestellt, dass wir schon überall optimale Bedingungen hätten.

Aber wer diese beiden Tage, gestern und heute, in den Schulen betrachtet, stellt fest, dass die meisten Schulen in Nordrhein-Westfalen das mit großem Engagement für 2,5 Millionen Schüler geschafft habe.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Einige fangen am 18. Januar wieder mit Präsenzunterricht an; auch grün regierte Länder fangen am 18. Januar wieder damit an. Wir sagen zu Recht: Bis zum 31. Januar warten und dann so bald wie möglich! – Wenn irgendetwas geöffnet wird, wird nicht der Fehler von März wiederholt, dass die Klubs und Restaurants offen und die Schulen geschlossen sind. Wenn wir wieder anfangen, werden wir bei Schule und Bildung beginnen; denn das ist der Kern und betrifft die Gruppe, die im Hinblick auf ihren persönlichen Lebensweg am meisten unter dem leidet, was wir in der jetzigen Phase beschließen mussten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Impfen ist gestartet. Auch da wieder: Hitparade, wer der Schnellste ist! – Nein, es geht nicht darum, wer der Schnellste ist. Wenn wir morgen alle Impfzentren öffnen, haben wir 100 % verimpft. Dann sind wir auf Platz 1; toll; Nordrhein-Westfalen ist Erster. Das ist aber nicht unser Ansatz. Unser Ansatz ist, zu fragen: Wo sind die Vulnerabelsten?

Ihr müsst euch einmal – das wird ja vielleicht im Gesundheitsausschuss passieren – von Karl-Josef Laumann berichten lassen, wie das denn in Altenheimen und Pflegeheimen geht.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch nicht Ihr Ernst! So langsam!)

Es muss nämlich die Erklärung vorliegen, dass man einverstanden ist.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ach!)

– Herr Mostofizadeh, wenn wir morgen das Impfzentrum in Düsseldorf öffnen und dort nur Leute hingehen, die sich freiwillig impfen lassen wollen, haben wir eine ganz tolle Quote erreicht; denn bei ihnen braucht man nichts mehr abzufragen, sondern kann direkt impfen und hat dann alles verimpft, was da ist.

Der Prozess, zu den Vulnerablen in die Alten- und Pflegeheime zu gehen und die Einverständniserklärung zu besorgen, damit das Ganze stattfinden kann,

(Michael Hübner [SPD]: Das muss man bei jedem anderen doch auch! – Zuruf von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

dauert ein paar Tage länger. Wir nehmen uns diese Zeit.

Wir sind in der Lage, all diejenigen, die diese Impfung dringend brauchen, zu impfen. 800.000 pflegebedürftige Menschen in Nordrhein-Westfalen werden geimpft werden. Ein Viertel davon lebt in Altenheimen. Dort gehen mobile Teams hin. In welcher

Reihenfolge das geschieht, bestimmen Landräte und Oberbürgermeister, weil sie die Lage vor Ort besser kennen als eine Zentralregierung. Es ist richtig, dabei zu bleiben.

(Beifall von der CDU)

In der kommenden Woche – auch das ist eine Besonderheit bei uns – werden alle über 80-Jährigen ein Schreiben erhalten, sodass sie ihren persönlichen Impftermin ab dem 25. Januar für Februar vereinbaren können. Das ist ein geordnetes Verfahren.

Schlauberger haben mir geschrieben: Na toll; ein Brief! Kann man das nicht per App machen? – Nein. Es hat nicht jeder 80-Jährige eine App. Ein Brief vom Amt mit einer klaren Information, was man machen muss, ist für viele Menschen immer noch das Sicherste, wenn es um eine solche Frage geht, über die wir hier reden.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Zwar wird es 24 Stunden dauern, bis sie den Brief in ihrem Kasten haben. Aber es ist der lebensnahe Weg für 80-Jährige, die dringend auf ein geordnetes Verfahren hoffen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das können Sie alles ablehnen. Ich glaube, dass wir mit den neuen Impfstoffen gut vorankommen werden. Heute ist die Zulassung eines weiteren Impfstoffs beantragt worden. In den nächsten Tagen erwarten wir viele Millionen Dosen. Von dem Impfstoff von AstraZeneca hat Deutschland große Millionenmengen geordert. Sie werden auch bald nach Nordrhein-Westfalen kommen. Wir haben die Gelegenheit, das so schnell wie möglich bei uns zu machen.

Ich weiß, dass es auch da ruckeln wird. Wenn 800.000 Menschen anrufen, um einen Termin zu vereinbaren, wird es ruckeln. Es wird vielleicht mal die Hotline belegt sein. Karl-Josef Laumann war gestern in der Zentrale, in der die Hotline-Mitarbeiter sitzen. Sie haben einmal beschrieben, was das alles bedeutet, wenn der Brief kommt und 800.000 Menschen zum Hörer greifen, um einen Termin zu vereinbaren.

Ich weiß schon jetzt, dass wieder gesagt werden wird: Typisch Nordrhein-Westfalen; ihr kriegt das nicht hin. – Diese Leier kann man sich in diesen Zeiten aber einmal sparen. Kritisieren Sie da, wo es berechtigt ist. Das ist meine Bitte. Sie können machen, was Sie wollen. Aber kritisieren Sie da, wo es berechtigt ist, und helfen Sie mit, dass die 18 Millionen Menschen in unserem Land wissen: Das ganze Parlament kümmert sich. Hier sind nicht einige, die Opposition, und andere, die Regierung spielen, sondern alle haben den Wunsch, dieses Land gut durch die Krise zu bringen.

Das ist meine Bitte an Sie. Diese Bitte möchte ich auch heute hier vor dem Hohen Haus des Landtags aussprechen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD dem Fraktionsvorsitzenden Kutschaty das Wort. Bitte schön.

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Da ich der erste Redner meiner Fraktion im neuen Jahr bin, möchte auch ich Ihnen allen im Namen meiner Fraktion ein gutes, erfolgreiches neues Jahr wünschen – und bleiben Sie bitte alle gesund.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, Matthias Kerkhoff [CDU] und Bodo Löttgen [CDU])

Auch das Jahr 2021 stellt uns alle vor große Herausforderungen bei der Bewältigung der Coronapandemie. Ich darf – ich greife das, was Sie gerade gesagt haben, Herr Laschet, gerne auf – Ihnen und den regierungstragenden Fraktionen, wie ich das fast bei jedem Debattenbeitrag hier mache, noch einmal ausdrücklich unsere Zusammenarbeit bei der Lösung dieser schwierigen Probleme anbieten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das lesen wir jeden Tag!)

Ich würde mich freuen, wir könnten bei dem einen oder anderen Punkt, bei der einen oder anderen Entscheidung im neuen Jahr auch mal früher ins Gespräch kommen, als das im letzten Jahr der Fall gewesen ist. Das wäre sehr schön.

(Beifall von der SPD, Josefine Paul [GRÜNE] und Verena Schäffer [GRÜNE])

Uns eint in diesem Hause, dass wir alle gemeinsam versuchen wollen, die Coronapandemie möglichst noch in diesem Jahr in den Griff zu bekommen und zu beenden.

Doch diese Herausforderung ist groß. Die Zahl der Neuinfektionen, aber auch die Zahl der Todesfälle ist nach wie vor sehr hoch. Die Zahlen sinken leider im Augenblick nur sehr langsam. Wenn das Sinken der Zahlen in dem Tempo der letzten Tage weiterginge, würde es höchstwahrscheinlich bis Ende April dauern, bis wir einen Inzidenzwert von 50, der ja zunächst erstrebenswert, aber noch längst nicht das Ziel ist, erreichen könnten.

Deswegen ist es wichtig, dass wir möglichst gemeinsam jetzt die richtigen Entscheidungen treffen, aber auch den Mut finden, sie konsequent umzusetzen.

Ich habe mich nach jedem Gipfel der Kanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs hier hingestellt und erklärt, dass wir als Opposition die in dieser Ministerpräsidentinnenkonferenz vereinbarten Regeln unterstützen und mittragen. Bislang gab es keine Ausnahme. Das haben wir immer gesagt. Dazu stehen wir auch nach wie vor. Es macht keinen Sinn, sich bundesweit zu verabreden und zu koordinieren ... Ich weiß, in welchen politischen Farbkonstellationen man da an einem Tisch sitzt. Wenn einem irgendein Detail nicht gefällt, darf man aber nicht nachher das Ganze zum Einsturz bringen. Auch da haben Sie unser Wort, dass wir grundsätzlich immer bereit sind, solche weitgehenden Regelungen mitzutragen, wenn es im Interesse unserer gesamten Nation ist.

Wenn wir ein Virus bekämpfen wollen, das keine Landesgrenzen kennt, ist es auch umso wichtiger, dass wir möglichst länderübergreifend geschlossen regieren und agieren. Ich weiß, dass das Infektionsgeschehen im Schwarzwald anders ist als in Bremen oder in Köln und in Marsberg. Gleichwohl muss man Solidarität zeigen.

Deswegen sage ich: Die Beschlüsse vom letzten Dienstag sind vom Grunde her alle mitzutragen.

Was wir allerdings nicht mittragen, sind die Schlupflöcher, die diese Landesregierung auf einmal in ihre Verordnung hineingebastelt hat. Das tragen wir nicht mit.

(Beifall von der SPD)

Heute vor einer Woche hat die Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs ein hartes Maßnahmenpaket verabredet. Dem waren viele Besprechungen vorausgegangen. Sie haben selbst erwähnt, dass Sie sich am Montag davor mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern getroffen und sich die Dramatik der Situation vor Augen hätten führen lassen. – Das ist gut. Sie haben versprochen, dass alles eins zu eins umgesetzt werde. Sie haben heute sogar wiederholt, dass es eins zu eins umgesetzt werde. Umso gespannter waren wir, als wir am Donnerstagabend die Coronaschutzverordnung bekommen und dann natürlich auch gelesen haben.

Sie müssen sich einen Vorwurf gefallen lassen: Wenn man sich die Coronaschutzverordnung genau durchliest, wird man feststellen, dass eben nicht alles eins zu eins umgesetzt wurde, so wie es am Dienstag beschlossen und von Ihnen selbst gegenüber der Presse verkündet worden war.

Das betrifft vor allem die Kontaktbeschränkungen. Herr Ministerpräsident, ich darf Sie aus Ihrer Pressekonferenz vom 6. Januar zitieren: In den Regionen, in denen der Inzidenzwert bei über 200 liege, dürften sich die Menschen ohne triftigen Grund nur noch in einem Radius von 15 km um ihren Wohnort herum bewegen.

Sie haben gerade selbst dargelegt, wie schwierig es auch rechtlich sei, eine solche Regelung rechtlich hinzubekommen. – Das nehme ich Ihnen sogar ab und kann es auch nachvollziehen. Aber Sie haben dann bestätigt, dass das umgesetzt werde. – Dann fragen wir uns, warum das in der Coronaschutzverordnung nicht schon am Donnerstag mit geregelt war. Als ich nachgefragt habe ...

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das ist mit den Kreisen verabredet worden!)

– Ich sage Ihnen gleich, was mit den Kreisen verabredet werden darf oder nicht. – Als ich dann nachgefragt habe, warum das nicht geregelt sei, waren Sie relativ hochnäsig und haben gesagt, dass wir das nicht verstehen und nicht kapieren würden, das sei geregelt. – Nichts war am Donnerstag in der Coronaschutzverordnung geregelt. Auf Nachfragen und Kritik kontern Sie mit der Beleidigung der Opposition, dass sie das nicht verstehen würde. – Das ist kein guter Regierungsstil, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD)

Als das auch nicht weitergeholfen hat, haben Sie gesagt: Das kann jede Kommune selbst regeln. Wir haben die Regelung, bei Inzidenzwerten von 200 und mehr individuelle Absprachen mit den entsprechenden Kommunen zu treffen. – Das stimmt nicht, Herr Laschet. Eine Beschränkung des Kreises, in dem ich mich bewegen darf, auf 15 km kann keine Kommune regeln. Sie kann auch nicht das regeln, was hinter der Stadtgrenze geschehen soll. Da ist die Kommune räumlich schon gar nicht mehr zuständig, deswegen hätte das auch in Nordrhein-Westfalen keine Kommune machen können. Die Kommunen wissen, dass das nicht geht – und Sie wissen es im Grunde auch.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Deswegen machen wir es ja in einer Regionalverordnung!)

Deswegen war das Chaos noch größer, als der stellvertretende Ministerpräsident Sonntagabend im Fernsehen sagte: Die Regelung mit den 15 km geht sowieso nicht, und deswegen haben wir das gar nicht erst geregelt. Das kann man sowieso nicht gerichts-fest begründen. – Das waren deutliche Worte. Diese Position kann man vertreten, Herr Dr. Stamp, aber sie steht im deutlichen Widerspruch zu dem, was Ihr Ministerpräsident mit der Kanzlerin vereinbart hat. Klären Sie die Widersprüche auf, die Sie öffentlich im Fernsehen produzieren.

(Beifall von der SPD)

Gott sei Dank, Herr Stamp, haben Sie das nur einen Tag lang durchgehalten. „Westpol“ war Sonntagabend, und was finde ich gestern in meinem E-Mail-Postfach? – eine Coronaregionalverordnung, also eine neue Verordnung. Ich finde sie – das darf ich auch mal sagen – juristisch gar nicht schlecht gemacht, besser als andere Verordnungen vorher.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Jetzt wird aber in einem Teil der betroffenen Kommunen die 15-km-Regel eingeführt und in anderen Teilen nicht. Die Entscheidung liegt nicht bei den betroffenen Kommunen – deswegen stimmt auch nicht, was Sie gerade gesagt haben. Außerdem stimmt nicht, was Sie gerade zu den drei sozialdemokratischen Kommunen in Nordrhein-Westfalen gesagt haben: Dass diese das nicht wollten. – Ihre Coronaregionalverordnung sieht ausdrücklich vor, dass Bestimmungen mit 15-km-Radien nur für diejenigen Kommunen und Landkreise erlassen werden dürften, in denen das Infektionsgeschehen diffus sei und man nicht für einzelne Objekte, Orte und Wohnanschriften auswerten könne, ob dort etwas sei oder nicht.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Richtig!)

Ich habe mit den drei sozialdemokratischen Kommunen Kontakt aufgenommen. Sie können sicher sein, dass ich nachfrage, warum das nicht dort und nur in den Landkreisen so sei. Die drei sozialdemokratischen Kommunen haben mir gesagt: Bei uns ist das Infektionsgeschehen lokal zu benennen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nein!)

Das sind nämlich wenige Senioreneinrichtungen, in denen es diese Werte gibt, und deswegen ist das zu bestimmen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Deswegen ist das nach Ihrer eigenen Verordnung überhaupt nicht möglich. Sie behaupten, dass die Regelung nur im Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen getroffen werden könne. – Das hätten Sie vielleicht gerne, das stimmt so aber nicht. Das steht nicht in Ihrer Verordnung; von Einvernehmen steht da kein Wort. Deswegen bitte ich Sie herzlich: Lesen Sie wenigstens Ihre eigene Verordnung, bevor Sie hier ans Redepult gehen.

(Beifall von der SPD)

Das Chaos könnte in diesem Bereich nicht größer sein: Erst kommt die Ankündigung, dass die Regel eingeführt werde, dann wird sie nicht eingeführt, dann wird sie erst einmal bestritten, dann wird es offensiv eingeräumt, und dann wird die Regelung nur teilweise eingeführt. Wer soll das heute noch begreifen? Sie sind verantwortlich dafür, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen jetzt unsicher sind und keiner mehr weiß, was er in seinem Kreis und seiner Kommune machen darf oder nicht.

(Beifall von der SPD, Josefine Paul [GRÜNE] und Verena Schäffer [GRÜNE])

Aber es geht noch weiter: Warum dürfen sich ausgerechnet im bevölkerungsreichsten Bundesland Nord-

rhein-Westfalen mit 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern die Menschen ohne Personenbegrenzung in Privatwohnungen treffen?

Herr Laschet, wir kritisieren nicht, dass man als Mutter oder Vater ein minderjähriges Kind mitnehmen darf. Das werden Sie von uns nie und an keiner Stelle gehört haben.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

An dieser Regelung werden wir keine Kritik üben, die ist okay. Wir kritisieren aber, dass in Ihrer Verordnung in § 2 ausdrücklich steht, dass solche Treffen nur in Form von Partys und Feiern verboten seien. – Ein gemütliches Abendessen, ein Diskussionsabend, eine Bierrunde oder ein Kaffeekränzchen

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nennen Sie doch noch ein paar Beispiele! Das ist doch albern!)

sind in Nordrhein-Westfalen im Augenblick ohne Begrenzung der Personenzahl erlaubt. Das ist gefährlich – das muss ich Ihnen einfach sagen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben heute wieder den Eindruck zu erwecken versucht, dass das gar nicht so sei und, egal wo, nur ein Hausstand mit maximal einer Person erlaubt sei. – Aber wer in die Schutzverordnung hineinschaut, wird feststellen, dass das nur für den öffentlichen Raum gilt.

Herr Laschet, das ist völlig realitätsfern. Welche Kontakte zwischen einem Hausstand und einer weiteren Person gibt es denn heute noch im öffentlichen Raum? Alle Gaststätten und Restaurants sind zu, die Begegnungsmöglichkeiten gibt es doch nur im privaten Raum.

(Zuruf von der CDU)

Jetzt zu dem Vorwurf, wir würden private Haushalte kontrollieren und dort die Polizei hineinschicken wollen; so etwas könne man nicht regulieren. – Das wollen wir nicht.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Eben!)

Aber ich sage Ihnen, was ich möchte:

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte keine anlasslosen Kontrollen in privaten Haushalten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist doch lächerlich!)

Ich meine, wir sind uns einig, dass wir keine anlasslosen Kontrollen haben wollen.

Ich möchte nicht – und das ist nach Ihrer Coronaschutzverordnung leider möglich –, dass sich fünf, sechs oder acht Menschen abends zum Bier in einer Privatwohnung treffen.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das möchte ich auch nicht!)

– Dann regeln Sie es doch, wenn Sie es nicht möchten. Erzählen Sie es nicht, sondern regeln Sie es.

(Beifall von der SPD)

Mensch! Das sind doch einfache Worte.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es gibt Menschen, die halten sich mit Mühe und Not, teilweise unter Tränen daran, dass sie nur ein Eltern- oder ein Enkelkind zu Besuch haben können, oder was auch immer im jeweiligen Bereich ist. Sie halten sich an die Regeln. Es gibt aber andere, die daraus eine andere Veranstaltung machen.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Sie gefährden nicht nur sich, sondern auch alle anderen. Es ist erlaubt, dass sich ein Pulk unvernünftiger Menschen in Privatwohnungen trifft. Ich habe keine Bedenken, da das Ordnungsamt vorbeizuschicken; das muss man auflösen können. Das kann man nach Ihrer Schutzverordnung nicht. Damit gefährden sie nicht nur diese Menschen, sondern alle, die sich an die Regeln halten. Das ist nicht fair, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Deswegen erwarten wir, dass Sie den Menschen nicht irgendeine Verordnung suggerieren, von der Sie meinen, dass sie etwas regelt. Definieren Sie stattdessen klar, dass auch in privaten Wohnungen ein Hausstand mit einem Gast reichen muss. Das ist hart, ich weiß. Aber es ist notwendig, andere Länder machen das auch.

Wenn wir etwas machen wollen, das eins zu eins umgesetzt werden muss und wirken soll, ist das der ganz entscheidende Faktor. Ändern Sie das – deswegen haben wir auch diese Sitzung beantragt – am besten noch heute. Mit einem Federstrich in Ihrer Verordnung ist das geregelt, Herr Ministerpräsident. Tun Sie das endlich.

(Beifall von der SPD)

Der Ministerpräsident hat am Samstag beim Neujahrsempfang der CDU gesagt, dass er diese Sondersitzung auf Antrag der SPD – ich zitiere wörtlich – für politisches Klein-Klein halte; es sei Ausdruck von Verantwortungslosigkeit, eine Sondersitzung zu beantragen. – Herr Löttgen, möglicherweise stoßen Sie ins gleiche Horn. Nein, Herr Laschet, auf dieses Spiel lassen wir uns nicht ein.

Wissen Sie, was ich verantwortungslos finde? – Erst etwas zu beschließen, und dann genau das Gegenteil zu tun; so wie Sie das mit Ihrer Verordnung gemacht haben. Das ist verantwortungslos.

(Beifall von der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist nicht die Wahrheit! Das Gegenteil ist der Fall! Das ist unverschämt!)

Deswegen fand ich auch den Titel der Anmeldung Ihrer heutigen Unterrichtung sehr eindrucksvoll und spannend: Verantwortung, Entschlossenheit und Weitblick – unter diesen drei großen Begriffen haben Sie, der Chef der Staatskanzlei, das angemeldet.

Doch in Ihrer Rede, Herr Laschet, habe ich dazu wenig Inhalt gehört; das muss ich sagen. Sie reihen ein weihvolles Wort an das nächste, am Ende handelt es sich aber nur um Wortruinen. Verantwortung, Entschlossenheit und Weitblick – das ist bei Ihnen keine Überschrift, das ist bei Ihnen eine Mängelliste, Herr Laschet. So sieht es doch mal aus.

(Beifall von der SPD)

Im Land der Freitagnachmittag-SchulMails weiß jede Lehrerin, weiß jeder Lehrer, wie es um den Weitblick der Regierung Laschet bestellt ist. Jede Schulleiterin und jeder Bürgermeister in Nordrhein-Westfalen wissen, wie diese Landesregierung mit Verantwortung umgeht: Sie schiebt sie weg, und zwar so schnell und so weit nach unten, wie es nur geht.

Unsere schärfste Waffe gegen das Virus ist doch das Vertrauen und der Zusammenhalt der Menschen, die wir alle gemeinsam vertreten. Unsere Regeln, unsere Maßnahmen sind die Umsetzung eines Gesellschaftspaktes unter gleichen und freien Menschen: Du schützt mich, und ich schütze dich. – Aber wie soll das Vertrauen in die Wirksamkeit von Regeln entstehen, wenn man sich auf die Worte der eigenen Regierung nicht verlassen kann, die diese Regeln setzt? Nirgendwo vertrauen die Menschen einer Landesregierung so wenig wie der Regierung Laschet hier in Nordrhein-Westfalen. Das sind die Zahlen, die wir haben.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Wart's mal ab!)

Herr Laschet, Sie liefern hier immer gerne ein Länderranking. Ich finde das übrigens auch nicht fair, was Sie jetzt wiederholt gemacht haben. Sie sagen, Nordrhein-Westfalen stehe an Platz sieben oder sechs oder acht, und andere seien viel, viel schlechter. Es geht nicht darum,

(Daniel Sieveke [CDU]: Nein!)

wer höhere Infektionszahlen hat. Es geht um die besten Maßnahmen für ganz Deutschland.

Aber wenn Sie ein Ranking zitieren wollen, dann zitieren Sie bitte die letzte forsa-Umfrage.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Da stehen Sie auf Platz 16 bei der Zufriedenheit der Menschen mit der Landesregierung. Das kommt nicht von ungefähr, Herr Laschet. Das wissen die Menschen mittlerweile.

(Beifall von der SPD)

Das hat Gründe. Sie agieren oft zu taktisch, Ihre Kommunikation ist chaotisch, und das Schlimmste ist: Niemand kann sich auf Ihre Versprechen, Ansa-gen und Ankündigungen verlassen.

Ihre Unterrichts- und Betreuungsgarantien, Frau Ge-bauer und Herr Stamp, waren von Anfang an nichts wert. Man darf nur dann ein Versprechen abgeben, wenn man auch selbst für dessen Einhaltung sorgen kann. Doch das war bei Ihnen beiden nicht der Fall. Sie konnten gar nicht wissen, wie sich die Pandemie entwickelt. Eine Garantie für Präsenzunterricht und Kinderbetreuung lag überhaupt nicht in Ihrer Macht. Das hat viel Vertrauen bei Eltern, Erziehern, Leh-re-rinnen und Lehrern gekostet.

Aber was noch schlimmer ist: Sie haben aus Ihren Fehlern von damals überhaupt nichts gelernt. Einen Tag nach den Bund-Länder-Beschlüssen letzte Wo-che stellt sich die nordrhein-westfälische Schulminis-terin allen Ernstes vor Fernsehkameras und sagt: Mit Distanzunterricht darf es nach Ende Januar nicht wei-tergehen.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Nein, nein, nein! So habe ich es nicht gesagt!)

– In dieser Form nicht weitergehen.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: So habe ich es nicht gesagt!)

– Sie können ja gleich etwas dazu sagen.

(Henning Höne [FDP]: Oder Sie sagen die Wahrheit! Das wäre ja auch eine Möglichkeit!)

Sie stellen damit aber wieder – das haben Sie sug-geriert – eine Rückkehr zum klassischen Präsenzun-terricht in Aussicht.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Sie können sich gleich zu Wort melden. Sie haben gleich die Gelegenheit, etwas anderes zu sagen.

Frau Gebauer, in den Niederlanden breitet sich ge-rade unter Kindern Corona in dramatischer Ge-schwindigkeit aus. Wie können Sie angesichts des-sen ein so fahrlässiges Versprechen abgeben? Wenn wir großes, großes Glück haben, dann kann es uns gelingen, vielleicht im Februar wieder zum Präsenzunterricht zurückzukommen. Vielleicht! Aber das dürfen wir doch jetzt noch nicht in dieser Art und Weise, wie Sie das getan haben, in Aussicht stellen.

Sie geben schon wieder ein Versprechen ab, dessen Einhaltung nicht in Ihrer Macht liegt. Das darf eine Ministerin nicht machen. Statt etwas zu versprechen, sollten Sie sich bitte um die dringenden Sachen küm-mern, die jetzt im Schulbereich endlich mal vorberei-tet werden müssen. Das wäre eine gute Aufgabe, die Sie jetzt erledigen können.

(Beifall von der SPD)

Dann frage ich: Wo sind die Anleitungen Ihres Hau-ses für einen gelingenden Digital- und Distanzunter-richt? Wo sind die Computer und die Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer? Wo sind die Pläne für die Prüfungen? Was verändern wir, um Kindern auch in diesem Jahr Schulabschlüsse zu ermöglichen? Wie müssen die Prüfungen entsprechend vorbereitet werden?

Zum Thema „Vertrauen“: Herr Laschet, Sie hatten heute in dieser Plenarrunde auch die Chance, die Sache mit dem Impfberater der Firma Sanofi in der Staatskanzlei aufzuklären.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Sie haben aber kein Wort dazu gesagt. Wir werden dieses Thema weiter aufgreifen. Wir werden diese Angelegenheit lückenlos aufklären. Es kann nicht sein, dass in Zeiten der Pandemie ein Lobbyist eines großen Pharmakonzerns, der Impfstoffe herstellt, be-schäftigt ist in der Staatskanzlei, nur beurlaubt ist und danach wieder zurückgeht.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Doch!)

Das ist Lobbyismus der feinsten Art und Weise. Das gehört sich nicht in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 28. Ja-nuar 2020 wurde der erste Coronafall in Deutschland nachgewiesen. Einen Monat später folgte der erste Fall in Nordrhein-Westfalen. Heute, fast ein Jahr spä-ter, steht die Zukunft auf Messers Schneide.

Wir haben das Ende der Pandemie vor Augen. Impf-stoffe sind im Rekordtempo entwickelt worden und werden bereits verabreicht. Und doch kann niemand ausschließen, dass kurz vor dem Ende alles noch viel schlimmer wird. Die Zahl der Neuinfektionen sinkt nicht so stark, wie wir uns das wünschen. Die Intensivstationen sind weiterhin stark belegt, und die Zahl der täglichen Todesfälle erreicht immer wieder hohe und höchste Werte.

Jetzt müssen wir den Mut haben, die richtigen Maß-nahmen zu ergreifen. Private Kontakte müssen wirk-sam eingeschränkt werden. Ein Viertel der bekann-ten Infektionen findet in Privatwohnungen statt. Des-halb ist auch hier eine Beschränkung nötig. Diese Regelung schützt die Vernünftigen vor dem sozialen Druck der Leichtsinnigen. Ich habe es gerade schon gesagt.

(Henning Rehbaum [CDU]: Wenn Sie nicht brandstiften!)

Zweitens dürfen wir nicht länger den Eltern kleiner Kinder die Verantwortung für Kitabesuche zumuten. Denn wenn wir das tun, dann tun das auch zu viele

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Diesem Druck halten zu viele aus Angst vor Sanktionen nicht stand.

Ich bitte Sie noch einmal, Herr Stamp: Schaffen Sie schnell eine vernünftige Regelung, was die Kinderkrankentage anbelangt. Mir berichten Ärztinnen und Ärzte, dass mittlerweile Eltern ihr Kind krankschreiben lassen wollen, um eine Bescheinigung für den Arbeitgeber zu haben, weil sich Arbeitgeber nicht darauf einlassen, dass Sie nur gesagt haben: „Schickt die Kinder bitte nicht hin“, wenn die Einrichtung gleichzeitig geöffnet ist. Das ist nach wie vor ein Problem, das Hunderttausenden Eltern in unserem Land extreme Schwierigkeiten bereitet. Herr Stamp, lösen Sie das bitte im Interesse der Eltern und Kinder und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber!

(Beifall von der SPD)

Drittens müssen wir dafür sorgen, dass überall dort, wo Homeoffice möglich ist, Homeoffice auch verbindlich und obligatorisch wird, und zwar sehr schnell. Wir haben in vielen Bereichen Einschränkungen vorgenommen, im Bildungsbereich, im kulturellen Bereich. Im Arbeitsbereich, in manch einem Unternehmen, habe ich den Eindruck, dass es noch so läuft wie vorher. Da müssen wir auch noch einmal stärker ran, dass da verbindlicher wird.

Es wäre eine Katastrophe, wenn wir auf den letzten Metern das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger in die Pandemiebekämpfung verlieren würden, denn das würde Tausende Menschen das Leben und Zehntausende die Gesundheit kosten. Wenn strenge Regeln akzeptiert werden sollen, dann muss sich unsere Krisenpolitik wieder durch drei Qualitäten auszeichnen: durch Wahrhaftigkeit, durch Verlässlichkeit und durch Klarheit, und das alles besser heute als morgen. – Herzlichen Dank. Glückauf, Nordrhein-Westfalen.

(Anhaltender Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU im Landtag erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch seitens der CDU-Fraktion Ihnen allen ein gutes und ein gesundes neues Jahr. Bis einschließlich dem 11.01. sind 171.403 Impfungen in 1.343 Pflegeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen erfolgt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist für die rund 170.000 Personen, die in diesen Heimen leben, und für die 176.000 Beschäftigten in den 2.800 Heimen eine gute Nachricht.

Die zweite gute Nachricht ist: AstraZeneca hat die Zulassung seines Impfstoffes in Europa beantragt.

Damit können – oder könnten – bereits ab Ende Januar weitere 56 Millionen Impfdosen für die Bundesrepublik bereitstehen, die dann wegen des einfacheren Handlings dieses Impfstoffs auch von Hausärzten verimpft werden können.

Mit diesen positiven und mutmachenden Nachrichten hätten Sie, Herr Kutschaty, Ihre Rede hier beginnen können. Aber wenn die Medien über die Zuspitzung eines Machtkampfes und über neuen Ärger in der NRW-SPD berichten, wenn man wie Sie, Herr Kutschaty, im Mittelpunkt dieses Machtkampfes steht, wenn die Bundestagskollegen in der SPD wieder die alte Platte auflegen „Wir machen mal Opposition in der Regierung,“ dann wird es Zeit für ein solches Ablenkungsmanöver, wie Sie uns das heute hier präsentiert haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich stelle allerdings nicht nur fest, dass Sie zwei Pressekonzferenzen benötigt haben, um diese Plenarsitzung vorzubereiten, sondern auch: Sie, Herr Kutschaty, befürworten Eingriffe des Staates in den privatesten aller Bereiche, nämlich in die Wohnung.

Ich halte das für unverantwortlich, vor allem von einem ehemaligen Justizminister. Wer die 15-Kilometer-Regelung infrage stellt, aber die Unverletzlichkeit der Wohnung aufgeben will, der, Herr Kutschaty, handelt unverantwortlich.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist eine Lüge! – Sven Wolf [SPD]: Das ist so verdreht!)

„Jeder muss seine Verantwortung kennen, jeder muss mitmachen“, sagte Ministerpräsident Armin Laschet in der Sondersitzung des Landtags vor knapp einem Monat, am 15. Dezember.

(Nadja Lüders [SPD]: Aber dann muss Herr Laschet das auch!)

Der Inzidenzwert lag damals in Nordrhein-Westfalen bei 171,8. Heute Morgen lag er bei 148,6 und damit 15,4 Punkte unter dem Bundesdurchschnitt von 164. Damals meldeten 17 kreisfreie Städte und Kreise Inzidenzwerte von über 200. Gestern Abend und heute Morgen waren es noch sieben.

Das heißt: Viele, vielleicht die überwiegende Mehrheit der Menschen in unserem Land, kennen ihre Verantwortung und haben mitgemacht. Sie haben die Einschränkungen über Weihnachten und Silvester bewusst mitgetragen. Denjenigen, die sich an die Regeln halten, denjenigen, die ihr Geschäft, ihre Praxis, ihr Restaurant geschlossen haben oder unter starken Einschränkungen leiden, gebührt unser Dank. Denn sie sind zusammen mit den Menschen, die im Gesundheits- und Pflegebereich arbeiten, das wahre Rückgrat der Pandemiebekämpfung.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Genau denen, die Regeln befolgen und Einschränkungen mitgetragen haben, müssen wir jetzt sagen: Es hat nicht gereicht. Es gab augenscheinlich zu viele, die sich nicht an die Regeln gehalten haben. Das ist bitter, und zwar nicht nur – „nur“ in Klammern – für die Politik, die diese Regeln aufgestellt hat, sondern vor allem für diejenigen, die sie in der Hoffnung eingehalten haben, einen Beitrag zu der erhofften Senkung der Inzidenzwerte zu leisten.

Deshalb hätte ich es als gut und zielführend empfunden – so will ich es jetzt auch tun –, diese Sondersitzung des Landtags zu nutzen, um einen Appell an diejenigen zu richten, die immer noch meinen, es wäre hip, Regeln zu durchbrechen; an diejenigen, die meinen, Regeln einzuhalten wäre etwas, was andere tun könnten und was man selbst nicht tun muss; an all diejenigen, die Schutzvorkehrungen und Hygiene aus religiösen Gründen ablehnen; an diejenigen, die diese Pandemie schlichtweg für nicht existent erklären.

All diesen Menschen sage ich: Schaut einmal nach London. Schaut in den Süden Englands. Dort gibt es Stadtteile mit einem Inzidenzwert von über 1.500. Das bedeutet: Nur 66 Nachbarn entfernt schlägt das Virus zu. Die Anzahl der COVID-19-Patienten, die in Krankenhäusern behandelt werden, ist bereits jetzt um ein Drittel höher als während des bisherigen Höchststands im April, sagte der Londoner Bürgermeister.

Vielleicht ist es nötig, die Bedrohung in anderen Worten zu schildern: Das Virus ist zwar strunzdoof, aber es kennt nur ein einziges Ziel, und zwar sich durch zwischenmenschlichen Kontakt weiterzubreiten. – Vielleicht ist es gut, dass uns diese mutierte Virusvariante B.1.1.7 während eines Lockdowns erreicht, den wir fortsetzen können.

Aber wir in Nordrhein-Westfalen sind vorbereitet. Es gibt allen Grund zur Vorsicht, aber keinen Grund zur Panik. Die Impfstrategie unseres Gesundheitsministers Karl-Josef Laumann ist richtig.

Sie, Herr Kutschaty, haben diese Sondersitzung auch wegen des – das ist ein Zitat der dpa – „traurigen Rekordstands“ an Todesfällen im Zusammenhang mit dem Coronavirus“ für notwendig erachtet. Es widerstrebt mir, Quoten von Verstorbenen in die politische Debatte einzubringen. Dennoch bedürfen Ihre Wortmeldung und Ihr Grund für die Beantragung einer Einordnung.

Zum Zeitpunkt der Beantragung der Sondersitzung am 8. Januar betrug die Mortalität 46,6 je 100.000 Einwohner bundesweit. In Nordrhein-Westfalen lag sie bei 42,9. Unser Land lag damit weit hinter anderen Flächenländern wie Sachsen, Bayern, Thüringen, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Baden-Württemberg.

Das darf man nicht als Erfolg bezeichnen, weil jeder, der mit oder an COVID-19 verstirbt, einer zu viel ist. Aber es ist eine Bestätigung für den richtigen Kurs unseres Gesundheitsministers, die Alten und Schwachen – vor allem in den Heimen – zuerst in den Mittelpunkt unserer Impfstrategie zu stellen.

Die SPD-Fraktion hat diese Sondersitzung des Weiteren mit einer mangelnden Eins-zu-eins-Umsetzung der Bundesbeschlüsse vom 5. Januar zu den Kontaktbeschränkungen im privaten Bereich begründet. In der Pressekonferenz vom 8. Januar und in den darauf folgenden dpa-Meldungen haben Sie, Herr Kutschaty, kritisiert – ich zitiere –

„dass sich die vereinbarten verschärften Kontaktbeschränkungen in der ab Montag geltenden NRW-Verordnung nur auf Treffen im öffentlichen Raum, nicht aber auf den privaten Bereich beziehen. ... Bei den verschärften Kontaktbeschränkungen auf einen Haushalt und eine weitere Person werden zu betreuende Kinder in NRW nicht mitgezählt, wie aus der neuen Verordnung hervorgeht.“

Ja, Herr Kutschaty, das ist so. Denn diese NRW-Koalition stellt Vernunft über Formalismus. Diese NRW-Koalition räumt im Gegensatz zu einem ehemaligen Justizminister dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit noch Stellenwert ein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese NRW-Koalition hört zu, wenn ihr Tausende E-Mails zugestellt werden, in denen darum gebeten wird, diese Regelung eben anders anzuwenden und quasi einen Härtefall aufzunehmen.

(Michael Hübner [SPD]: Tausende E-Mails haben Sie bekommen! Ist klar! – Christian Dahm [SPD]: Und wir haben die anderen 1.000! – Michael Hübner [SPD]: Tausende hat er gesagt!)

Und deshalb bin ich froh, dass aus dem Bundesbeschluss ... – Tausende, ja.

(Michael Hübner [SPD]: Wir auch!)

– Na also! Nur ziehen wir die Schlüsse daraus. Sie nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb bin ich froh, dass aus dem Bundesbeschluss „Angehörigen des eigenen Hausstandes und mit maximal einer weiteren nicht im Haushalt lebenden Person“ die Formulierung „Personen eines Hausstandes mit höchstens einer Person aus einem anderen Hausstand, die von zu betreuenden Kindern aus ihrem Hausstand begleitet werden kann“ geworden ist.

(Nadja Lüders [SPD]: In der Öffentlichkeit!)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, wollen Politik für Wenige. Wir, die NRW-Koalition, machen Politik für Viele.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kommen wir zum letzten Punkt, der für die Beantragung dieser Sondersitzung seitens der SPD-Fraktion angeführt worden ist, und zwar zum 15-Kilometer-Bewegungsradius. Herr Kutschaty, Sie kritisieren laut dpa-Meldung vom 8. Januar,

„dass die 15-Kilometer-Regel für extreme Coronavirus-Hotspots nicht in die neue Corona-Schutzverordnung des Landes aufgenommen wurde. Er habe erhebliche rechtliche Zweifel daran, dass betroffene Kommunen und Kreise bei hohen Inzidenzwerten selbstständig Beschränkungen der Bewegungsfreiheit regeln dürften.“

(Sven Wolf [SPD]: Hat er gerade sehr ausführlich erläutert!)

Ja was denn nun? Kritik daran, dass es nicht aufgenommen wurde, oder Kritik daran, dass die Kreise und Städte es nicht anwenden dürften, wenn es denn aufgenommen wäre?

(Thomas Kutschaty [SPD]: Das ist kein Widerspruch!)

– Also beides. Das schließt sich aus meiner Sicht aber aus.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie drehen es sich auch wie Sie es gerade brauchen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Kutschaty, aus meiner Sicht ist es wesentlich einfacher, einen Wackelpudding an die Wand zu nageln, als Ihren kruden Argumenten zu folgen. Beispiel gefällig? – Ich will Ihnen eines desjenigen geben, der uns immer Chaos vorwirft.

„Ein weiterer harter Lockdown wird uns wirtschaftlich überfordern“, sagte der Oppositionsführer im NRW-Landtag der Düsseldorfer Rheinischen Post“

– Das stammt vom 15. August.

„Für viele Branchen wäre dies Kutschaty zufolge das Todesurteil.“

(Sarah Philipp [SPD]: Sollen wir mal gucken, was Herr Laschet im August alles gesagt hat?)

Am 13. Dezember gegenüber der „WZ“:

„Ein sogenannter Lockdown in dieser Form war angesichts der aktuellen und zu erwartenden Infektionszahlen unausweichlich“.

Herr Kutschaty, Sie widersprechen sich innerhalb von zwei Monaten. Sie werfen uns Chaos vor,

(Nadja Lüders [SPD]: Wo ist da der Widerspruch? – Weitere Zurufe von der SPD)

aber in Wirklichkeit sind Sie, ist diese SPD in Nordrhein-Westfalen der Wackelpudding in dieser Krise. Heute so, morgen so,

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

verbunden mit Kritik an langfristiger Strategie: Das ist Fishing for Compliments oder Opportunismus anstatt Opposition.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wer Kontakte beschränken will – ich habe es vorhin gesagt: das einzige Ziel dieses Virus ist es, soziale Kontakte schamlos auszunutzen –, der muss die richtigen Signale aussenden. Das macht diese Regierung exakt mit dieser Regionalverordnung.

(Michael Hübner [SPD]: Was?)

Mit einer 15-Kilometer-Regelung wird nämlich nicht nur der Bewegungsradius der Menschen, sondern vor allem der Bewegungsradius des Virus eingeschränkt.

(Michael Hübner [SPD]: Was?)

Diese Verordnung gibt den Kommunen das, was sie wollten, nämlich Rechtssicherheit, damit sie eine Allgemeinverfügung erlassen können.

Ebenso wie in Bayern, das Sie sonst immer loben, wird an einer Liste von Kommunen gearbeitet, die diesen Inzidenzwert nachhaltig überschreiten.

In unseren Nachbarländern Niedersachsen und Hessen ist die 15-km-Regelung annähernd gleich umgesetzt worden.

Sich Zeit zu nehmen, um eine Verordnung rechtssicher zu machen und sie mit der kommunalen Familie sowie vor allen Dingen mit den Nachbarbundesländern abgestimmt zu veröffentlichen, ist für Sie Chaos.

(Nadja Lüders [SPD]: Es geht darum, dass er etwas anderes angekündigt hat, verdammt noch mal!)

Für eine Regierung ist das aber eine zwingende Notwendigkeit, um bestmöglich für die erwartbaren Klagen gerüstet zu sein.

Deshalb ist es für mich hoch irritierend, dass insbesondere die SPD-Oberbürgermeister und -Landräte jetzt plötzlich 1.000 Gründe ins Feld führen, deretwegen die vorher vehement eingeforderte Verordnung des Landes von diesen Menschen wieder infrage gestellt wird.

Das mag verstehen, wer will – ich nicht. Wollen wir noch gemeinsam gegen diese Pandemie kämpfen, sehr geehrter Herr Kutschaty? Wollen wir die Kontakte auf das unbedingt Notwendige beschränken? Ist das noch unser gemeinsames Ziel?

(Zuruf von der SPD: Gerne!)

Sie haben eben gesagt, Sie wollten daran mitarbeiten. Wenn man Ihre Rede als Unterstützung der Landesregierung bei der Bekämpfung der Pandemie auslegt, ist das eigentlich der Euphemismus der Woche.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wenn das aber unser gemeinsames Ziel ist, Herr Kollege Kutschaty, hätten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, gestern statt der Pressekonferenz Ihres Landesvorsitzenden besser diese aus ganz anderen Gründen beantragte Sondersitzung abgesagt.

Diese Sondersitzung war aufgrund der wenig konsolidierten Zahlenreihe, auf die auch die Grünen hingewiesen haben, weshalb sie einen anderen Termin vorgeschlagen haben, aufgrund der Erledigung der Kontaktbeschränkungen für Kinder im privaten Raum durch bundesweite Einigkeit in dieser Frage und aufgrund einer stringenter Anwendung der 15-km-Regelung schlicht unnötig.

Meine Damen und Herren, für die SPD war sie wohl aus einem anderen Grund, der sich heute Morgen nachlesen lässt, notwendig. Ich zitiere aus dem Hauptstadt-Briefing von Media Pioneer:

„Auch sei die Verschiebung der für Montag angesetzten Pressekonferenz Hartmanns bewusst falsch gedeutet worden. Tatsächlich hätten sich Hartmann und Kutschaty darauf verständigt, sich auf politische Attacken auf Ministerpräsident Armin Laschet zu konzentrieren, für den Ende der Woche die Wahl zum CDU-Vorsitz ansteht.“

Sehr geehrter Herr Kutschaty, wenn das der wirkliche Grund für die Beantragung der Sondersitzung ist – und so scheint es ja zu sein –, muss ich Ihnen sagen: Das ist – wie haben Sie es eben ausgedrückt? – tatsächlich kein guter Stil.

(Zuruf von der SPD)

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Löttgen. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Schäffer das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Sie alle die Idee einer Sondersitzung in der kommenden Woche, also eine Woche vor der MPK, so gut finden, sollten wir vielleicht gemeinsam darüber nachdenken, uns tatsächlich nächste Woche noch einmal zu treffen, um die Überlegungen und die Linie der NRW-Regierung

vor der MPK zu hören. Das wäre eine gute Sache. Ich würde mich freuen, Sie nächste Woche hier noch einmal zu sehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Bewältigung der Coronakrise ist die Kommunikation mindestens genauso wichtig wie die Maßnahmen selbst. Herr Löttgen, ich habe in den letzten Tagen ziemlich viele Widersprüche dieser Landesregierung gehört. Dafür muss ich auch nicht zurück zum August letzten Jahres gehen und irgendwelche Widersprüche konstruieren.

Die letzten sieben Tage waren aus meiner Sicht ein einziges Kommunikationschaos. Damit verspielt diese Landesregierung Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung. Das ist wirklich fatal für die Maßnahmen, die wir tatsächlich brauchen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Krönung ist die Einführung des eingeschränkten Bewegungsradius über Nacht. Den Menschen im Kreis Höxter, im Kreis Minden-Lübbecke, im Oberbergischen Kreis und im Kreis Recklinghausen am Montagabend – die Mail ist um 22:18 Uhr herausgegangen – eine Landesverordnung vor die Füße zu kippen, die ihre Bewegungsfreiheit zwei Stunden später massiv einschränkt, ist wirklich unfassbar. Damit nehmen Sie billigend in Kauf, dass Vertrauen in die Verlässlichkeit staatlichen Handelns massiv untergraben wird.

Was heißt das denn für die Kommunen, die nahe am einer 7-Tage-Inzidenz von 200 sind? Momentan liegen uns die wirklichen Zahlen noch nicht vor. Der RKI-Chef sagt, dass wir um den 17. Januar 2021 herum ein genaueres Bild darüber haben werden, wie die Lage tatsächlich ist.

Natürlich will ich anderes hoffen, und wir wissen es noch nicht; aber ich kann mir vorstellen, und es kann gut sein, dass in den nächsten Tagen und Wochen noch mehr Kommunen die 200er-Grenze erreichen werden.

Ich frage mich: Was ist denn dann mit ihnen? Dürfen sie sich auch auf eine Landesverordnung über Nacht einstellen?

Arbeiten Sie endlich mit den Kommunen und nicht gegen sie!

(Beifall von den GRÜNEN)

Vielleicht sollten Sie auch erst einmal koalitionsintern Ihre Position klären. Armin Laschet hat uns auf seiner Pressekonferenz am 5. Januar 2021 nach der MPK, also letzte Woche, noch erklären wollen, dass man die Maßnahme der Bewegungseinschränkungen bräuhete, um die Ausflüge in den Schnee nach Winterberg zu unterbinden.

Letzte Woche gab es übrigens genau eine Stadt, nämlich Herne, die bei einem Inzidenzwert von 200 lag. Die Hernerinnen und Herner sollten also dafür sorgen, dass der Skitourismus in Winterberg unterbunden wird. Wie absurd ist das denn? – Das war die Position in der letzten Woche.

Herr Stamp, Sie haben dann am Sonntag bei „Westpol“ die Wirksamkeit dieser Maßnahme und die Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahme infrage gestellt. Sie haben sich gefragt, ob diese Maßnahme vor Gericht standhalten würde.

Um es klar zu sagen: Ich bin inhaltlich voll auf Ihrer Linie. Ich persönlich bin absolut Ihrer Meinung. Aber warum haben Sie diese Verordnung denn dann nicht verhindert? Sie kommentieren das Ganze ja nicht vom Spielfeldrand aus, sondern sind der stellvertretende Ministerpräsident.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Genau!)

Dann erwarte ich, ehrlich gesagt, auch ein bisschen mehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Kommunikationschaos betrifft in der Tat auch die Regelung zu den Kontaktbeschränkungen. Sie haben auch in der Debatte gerade wieder mit Mixed Messages gearbeitet. Wir Grüne wollen auch nicht, dass Polizei oder Ordnungskräfte zu Hause klingeln und die Teilnehmer von Kaffeekränzchen überprüfen.

Genauso wie die Menschen in diesem Land erwarten wir aber eine klare Kommunikation. In Nordrhein-Westfalen gibt es zu Recht Kontaktbeschränkungen für den öffentlichen Raum, die in der Coronaschutzverordnung geregelt sind. Für den privaten Bereich gilt die wichtige und dringende Empfehlung, sich daran zu halten. Genau so muss man das dann aber auch kommunizieren.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das haben wir!)

– Nein, das haben Sie nicht. Das haben Sie gerade schon wieder nicht getan.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Doch!)

Sie haben gesagt, es gebe diese Kontaktbeschränkungen. Nein, für den öffentlichen Raum stehen sie in der Verordnung, für den privaten Raum nicht.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Natürlich!)

Es ist aber die dringende Bitte an alle Bürgerinnen und Bürger, sich auch im privaten Raum an die Kontaktbeschränkungen zu halten.

Diese Kommunikation stiftet bei den Menschen Verwirrung. Das ist fatal. Damit verspielen Sie auch die Solidarität der Menschen untereinander.

Dass sich die MPK letzte Woche auf weitere Maßnahmen verständigt hat, ist angesichts der hohen Anzahl von Sterbefällen und von Intensivpatienten richtig.

Doch während die MPK das öffentliche Leben quasi stillgelegt, hat sie einen Bereich wiederholt nicht angetastet, nämlich das Arbeitsleben und die Arbeitswege.

Herr Löttgen, Sie haben uns gerade noch einmal sehr anschaulich erklärt – vielen Dank dafür –, warum die Reduzierung von Kontakten so wichtig ist. Es ist doch absurd, wenn Kinder sich nur noch mit einem Freund auf dem Spielplatz treffen dürfen, ihre Eltern aber gleichzeitig auf dem Weg zur Arbeit im vollen Regional-Express quer durch Nordrhein-Westfalen fahren.

Aus meiner Sicht bestehen viele Arbeitgeber nach wie vor völlig ohne Not weiterhin auf einer Präsenzpfllicht.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich finde, dass uns auch die Zahlen hier noch einmal zu denken geben sollten. Während nach Beginn der Coronakrise rund 27 % der Menschen von zu Hause aus gearbeitet haben, waren es im November nur noch 14 % – und das, obwohl das Infektionsrisiko in der Zwischenzeit deutlich zugenommen hat.

Deshalb, Herr Laschet, erwarten wir als Grüne hier eine Klarstellung vor der nächsten MPK. Wo immer es möglich ist – ich weiß, dass es nicht überall möglich ist; in vielen Berufen geht das aber –, sollten Menschen im Homeoffice arbeiten. Das darf nicht die Ausnahme sein. Es muss in der Pandemie die Regel sein. Das ist auch eine Frage des Arbeitsschutzes und der Fürsorgepflicht von Arbeitgebern für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall von den GRÜNEN und Thomas Kutschaty [SPD])

Herr Laschet, diese Landesregierung könnte als gutes Beispiel vorangehen. Da, wo es möglich ist, müssen die Beschäftigten in Ministerien, in Behörden und in Universitäten ebenfalls von zu Hause aus arbeiten. Bislang besteht in den Landesbehörden da offenbar ein Flickenteppich. Die einzelnen Ministerien legen ihre eigenen Homeoffice-Regeln fest. Es gibt keine einheitliche Regelung.

(Ministerpräsident Armin Laschet: Klar!)

– Im elften Monat der Pandemie ist Ihnen das klar?

(Ministerpräsident Armin Laschet: Wieso denn?)

Ich finde es völlig unverständlich, dass die Landesregierung nicht vorgibt, dass die Menschen, die zu Hause arbeiten können, das auch tun sollen. Denn die Aufforderung „stay at home“ muss nicht nur für

den privaten Bereich, sondern auch für die Arbeitswelt gelten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Klar ist auch – ich finde es wichtig, das noch einmal zu betonen, weil ich oft das Gefühl habe, dass das in den Debatten untergeht –, dass Homeoffice keine Form der Kinderbetreuung ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

An Kinder, die bei Videokonferenzen im Hintergrund herumlaufen, haben sich inzwischen alle gewöhnt. Es ist auch für alle sehr nett, mal den Nachwuchs der Kolleginnen und Kollegen zu sehen – außer für die Eltern, die Kinderbetreuung und Arbeiten in Einklang bringen müssen. Das ist purer Stress. Ich weiß, wovon ich da spreche.

(Beifall von den GRÜNEN)

Seit gestern müssen die Eltern von Schulkindern wieder im Nebenjob als Lehrkraft agieren.

Auch für Kinder und Jugendliche – auch das muss noch einmal klargestellt werden – ist das eine enorme Belastung.

Deshalb ist die Politik aufgefordert, Familien zu entlasten.

Dazu gehört auch das Thema „Kinderkrankentage“. Wenn die Kinderkrankentage hier in Nordrhein-Westfalen nicht genommen werden können, weil die Kitas offiziell geöffnet sind, bedarf es einer Klarstellung. Es muss klar sein, dass die Kinderkrankentage auch für Eltern in Nordrhein-Westfalen gelten, wenn sie ihre Kita-Kinder nicht in die Kita bringen können.

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE])

Ja, das bedeutet eine große Belastung für die Familien. Trotzdem ist es der einzig vernünftige Weg, die Schulen in dieser Situation nicht zu öffnen.

Aber jetzt rächt sich wieder einmal, dass das Schulministerium die Osterferien, die Sommerferien und die Herbstferien nicht genutzt hat. Jetzt reihen sich auch noch die Weihnachtsferien in die „Ferien der verpassten Chancen“ ein.

Bei Ihnen, Frau Gebauer, regiert das Prinzip „Hoffnung“. Vorausschauende Politik scheint für Sie ein Fremdwort zu sein. Dass Sie letzte Woche ernsthaft den Präsenzunterricht ab Februar ankündigt haben, hat nicht nur uns, sondern wohl ziemlich jeden in diesem Land irritiert. Inzwischen mussten Sie auch schon zurückrudern.

Am besten wäre es, Sie würden jetzt auch noch Ihren völlig unzureichenden Stufenplan überarbeiten. Denn die Schulträger und auch die Schulen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Sie brauchen Freiheit zur Umsetzung.

Wir haben zahlreiche Rückmeldungen aus Kommunen bekommen, die mit diesen Vorgaben – Stichwort „schulscharfe Entscheidung in Kommunen mit einer Inzidenz über 200“ – nicht arbeiten können.

Die nächste schulpolitische Baustelle ist auch schon absehbar. Es braucht aus unserer Sicht sehr bald ein Konzept, wie Prüfungen in diesem Jahr abgelegt werden sollen. Faktisch haben wir schon ein Kurzschuljahr. Die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Lehrkräfte erwarten eine verlässliche Aussage seitens der Schulministerin. Sorgen Sie wenigstens hier für Klarheit und für Verlässlichkeit!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, die Impfungen sind ein wichtiger Lichtblick. Neben der Akzeptanz der einzelnen Schutzmaßnahmen brauchen wir auch Vertrauen in den Impfstoff. Wir brauchen Aufklärung. Wir brauchen Informationen. Deshalb kann ich nicht so richtig nachvollziehen, warum die Landesregierung bislang keine breit angelegte Impfkampagne durchgeführt hat. Eigentlich sollte doch an jeder Litfaßsäule und jeder Bushaltestelle in diesem Land ein Plakat mit Werbung fürs Impfen hängen. Das sollte man eigentlich erwarten können.

Dass Sie jetzt auch noch den Cheflobbyisten von Sanofi in der Staatskanzlei eingestellt haben, stärkt aus meiner Sicht nicht gerade das Vertrauen der Menschen in den Impfstoff.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sehe das tatsächlich so. Als ich das gestern Abend gelesen habe – ich bin Abonnentin der „WAZ“ und habe es gestern Abend im E-Paper gelesen –, war mein erster Gedanke, dass Sie damit wirklich völlig ohne Not Verschwörungsmythen Vorschub leisten. Das finde ich total gefährlich. Wie man auf diese Idee kommen kann, ist mir wirklich unbegreiflich. Wenn sich die Berichterstattung bewahrheitet, müssen Sie diese Einstellung aus meiner Sicht auch rückgängig machen, Herr Laschet.

Ich möchte Sie auch noch in einer anderen Sache ansprechen, Herr Laschet. Ich habe mir letzten Samstag den Neujahrsempfang der CDU angeschaut.

(Zuruf von der CDU: Ui!)

– Natürlich. – Ich fand ihn, ehrlich gesagt, relativ ... Okay; ich enthalte mich jeglicher Bewertung. Das können wir vielleicht bilateral klären. Für die Debatte ist es auch nicht wichtig. Ein Punkt hat mich allerdings total geärgert. Sie haben nämlich der Opposition vorgeworfen, sie würde sich ihrer Verantwortung verweigern und Woche für Woche nur das Negative suchen. Ich finde, dass dieser Vorwurf ...

(Zurufe von der CDU)

Herr Hovenjürgen – ich bekomme dieses Mitgliederblättchen der CDU; ich weiß gar nicht, wie ich auf den Verteiler gekommen bin – hat es im Übrigen auch schon im Dezember dort geschrieben. Sie scheinen also auch dieselben Redenschreiber zu haben. Aber Schwamm drüber!

Dieser Vorwurf ist dreist. Er ist populistisch. Im Gegenteil ist es doch so, dass es, wenn wir Forderungen stellen und Vorschläge machen – in einer parlamentarischen Demokratie ist es im Übrigen unsere Aufgabe als Opposition, dass wir Vorschläge machen und Kritik üben –, Herr Löttgen, hier immer direkt als Majestätsbeleidigung abgekanzelt wird.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie kritisieren ja nur! Sie machen ja keine Vorschläge!)

Das geht so nicht.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Herr Laschet, Sie haben vorhin gesagt, dass es gut gewesen wäre, die Debatte vor der nächsten MPK zu führen. Dann erwarte ich, ehrlich gesagt, auch, dass Sie uns in der nächsten Woche tatsächlich vor der nächsten MPK informieren, dass Sie unsere Forderungen und Vorschläge dann auch überdenken und dass Sie sie auch mitnehmen.

Ich kann Ihnen für uns als Grüne versprechen, dass wir unserer Linie treu bleiben werden. Als Opposition werden wir auch weiterhin kritisch Politik machen. Aber wir werden auch in der Sache konstruktiv arbeiten. Denn unser gemeinsames Ziel ist die Pandemiebekämpfung. Daran werden wir hier weiterhin arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kollegin Schäffer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen ein gutes, gemeinsames, gesundes neues Jahr. Ich freue mich auf die Debatten, die wir dieses Jahr führen werden. Das Jahr fängt gut an; denn diese Debatte wird von vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen verfolgt.

Verena Schäffer hat gerade für die Kollegen der Grünen gesprochen. Auch diese Äußerungen habe ich seit einigen Wochen vermisst. Sie hat von der Digitalisierung der Schulen gesprochen. Mein Gott! Wie weit könnten wir bei der Digitalisierung der Schulen in Nordrhein-Westfalen sein,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

wenn Sylvia Löhrmann als Vorgängerin nicht sämtliche Kraft für die Schließung der besten Förderschulen der Welt, der Förderschulen in Nordrhein-Westfalen, vergeudet hätte!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wie weit könnten wir da sein!

(Josefine Paul [GRÜNE]: Der Textbaustein passt nicht zur Debatte!)

Ich bedanke mich auch bei Ministerpräsident Armin Laschet für die Informationen in der heutigen Unterrichtung. Er hat uns auf den aktuellen Stand gebracht.

Wir sind uns doch alle einig: Die Lage ist ernst. Die Lage ist viel ernster, als wir uns das im Herbst des vergangenen Jahres ausgemalt haben.

Die Pandemie ist nach wie vor unberechenbar. Das Gesundheitssystem stößt in einigen europäischen Ländern und in einigen ostdeutschen Bundesländern an seine Grenzen. Wir nehmen eine neue Mutation wahr, die ebenso unberechenbar ist. Außerdem haben wir eine Datenlage, die unbefriedigend ist.

Auf alle diese Probleme haben wir noch keine passgenaue Antwort. Deshalb müssen wir pauschale Kontaktbeschränkungen beschließen. Aber das ist doch nicht am Ende die Lösung unserer Probleme. Übrigens: Dazu kommen große soziale und wirtschaftliche Schäden.

Die Akzeptanz lässt in manchen Bevölkerungsgruppen nach. Wir erleben teilweise – Gott sei Dank in kleinen Gruppen – eine Hetze auf Staat, Freiheit und Forschung. Teilweise wird in den sozialen Netzwerken sogar Hass gesät. Wir stehen also in der Tat vor einer gewaltigen Aufgabe; denn die Lage ist tatsächlich ernst.

Hier und heute haben wir eine Debatte erlebt – natürlich mit ernsthaften Aussagen; denn es geht um die Verantwortung aller Abgeordneten in diesem Hohen Hause. Aber wir haben gerade in zwei Reden immer wieder politisches Klein-Klein gehört – Halbwahrheiten, Widersprüche,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

eine Opposition, die sich für die Strategie entschieden hat, sich mit Angriffen auf die Regierung und die NRW-Koalition zu profilieren.

Profilierung beginnt, wenn man sich vom Weg der Verantwortung trennt. Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Profilierung beginnt, wenn man sich vom Weg der Verantwortung trennt.

SPD und Grüne leiten ihr Handeln in elf Bundesländern von ihrer Regierungsverantwortung ab. In elf Ländern regieren die Grünen, in elf Ländern regiert die SPD, und manchmal regieren sie sogar zusammen.

Grüne und SPD gehen in Nordrhein-Westfalen einen anderen Weg, als es Grüne und SPD in Verantwortung in anderen Ländern tun. Das ist eine einfache Oppositionsstrategie. In dieser Krise ist das aus meiner Sicht völlig unangebracht.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Alle Regierungen handeln überwiegend durchaus vergleichbar, wenn nicht sogar in vielen Bereichen gleich. Alle Regierungen wollten möglichst lange am Präsenzunterricht festhalten, vor allem auch aus sozialen Gründen. Nordrhein-Westfalen macht das ebenfalls.

Rheinland-Pfalz hat Kontaktbeschränkungen für Kinder reduziert und folgt damit Nordrhein-Westfalen. In der rheinland-pfälzischen Regierung sind auch Grüne und SPD vertreten.

In Berlin gelten Sonderregelungen für Alleinerziehende – wie auch in Nordrhein-Westfalen.

Bezüglich der eigenen vier Wände wird in Rheinland-Pfalz formuliert, dass man den Bürgern ein Gebot gibt, sich an Regeln zu halten. Ein Gebot, kein Verbot! Das machen dort Grüne und SPD, übrigens gemeinsam mit der FDP in Verantwortung, so wie in Nordrhein-Westfalen.

Die Kitas haben in Nordrhein-Westfalen Gott sei Dank weiter geöffnet. Die Kita-Gebühren und OGS-Gebühren haben wir geregelt. Dank geht in diesem Zusammenhang an die kommunalen Spitzenverbände für eine konstruktive Zusammenarbeit.

Das Betreuungsangebot in den Schulen ist vorhanden. Der Distanzunterricht wird organisiert.

Vieles läuft in Nordrhein-Westfalen ebenso wie in anderen Bundesländern so gut, wie es die Möglichkeiten zulassen.

Trotzdem ist die Lage ernst. Menschen machen sich Sorgen um ihre Existenz. Teilweise werden in Deutschland Fahnen mit den Farben Schwarz-Weiß-Rot herausgeholt. Viele Fakten werden verdreht. Ich wiederhole es: Immer mehr, wenn auch Gott sei Dank noch überschaubar, findet rechte Hetze statt.

Die NRW-Koalition von CDU und FDP übernimmt gerade in dieser Situation Verantwortung. Was denn sonst? Wir denken mal unterschiedlich. Das haben Sie kritisiert, wogegen ich auch nichts habe. Aber wissen Sie, was der Unterschied zwischen dieser Koalition und der Vorgängerkoalition ist? Wenn faire Partner unterschiedlich denken, stärkt das am Ende Regierung und Koalition. So ist es bei CDU und FDP. Wenn unfaire Partner unterschiedlich denken, schwächt das am Ende eine Koalition. So war es bei SPD und Grünen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Lage ist kompliziert. Die Menschen sind verunsichert. Das erleben wir alle in verschiedenen Gesprächen. Ich möchte einmal drei Beispiele nennen, weil es auch die Gefühlswelt der Menschen betrifft.

Ich habe mich gestern mit einer Krankenschwester unterhalten, die in meinem Heimatwahlkreis auf einer Intensivstation arbeitet. Sie hat ihre Probleme und Gefühle geschildert. Bei uns im Kreis Soest liegt die Inzidenz in der Regel deutlich unter 100.

Diese Krankenschwester, die das schon sehr viele Jahre macht, hat mir geschildert, dass die Intensivstationen in Nordrhein-Westfalen überaus gut ausgestattet sind und dass sie in der Regel immer eine Möglichkeit haben, den kranken Menschen zu helfen. Nur ganz selten klappt das nicht. Das gehört zum Job einer Krankenschwester auf einer Intensivstation dazu. Aber in der Regel können sie mit einer sehr, sehr guten Ausstattung helfen.

Bei Corona hat sie nun ein völlig neues Gefühl wahrgenommen. Sie haben die Patienten nicht drei, vier, fünf oder sechs Tage auf der Intensivstation, wie das in der Regel bei Intensivstationen der Fall ist, sondern drei, vier, fünf oder sechs Wochen lang. Allein schon dadurch, dass man diese Menschen so lange auf der Intensivstation sieht, entwickelt sich ein neues Gefühl. Und dann stehen die Krankenschwestern da und stellen fest, dass sie hilflos sind. Trotz bester technischer Ausstattung und trotz einer überaus großen Berufserfahrung sind sie bei sehr vielen Menschen nicht in der Lage, ihnen zu helfen.

Dadurch entwickelt sich bei diesen Krankenschwestern ein Gefühl der Hilflosigkeit, was für sie eine völlig neue Situation ist. Trotzdem geben sie alles. Sie geben sich mit vollen Kräften ihrem Beruf hin und versuchen trotzdem, die Lage zu meistern. Aber dieses Gefühl – das müssen wir als Politik wahrnehmen – hat sich bei den Krankenschwestern auf den Intensivstationen – für die Ärzte wird das in ähnlicher Weise gelten – total verändert. Trotzdem übernehmen die Krankenschwestern Verantwortung.

Diese Verantwortung erwarten sie auch von diesem Hohen Haus, völlig egal, ob Koalition oder Opposition. Deswegen sind auch Sie gefragt, was das Thema „Verantwortung“ betrifft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Andere Bürger schildern mir ihre ethischen Ansprüche. Sie sagen: Die Menschen dürfen doch nicht sterben, damit manche Leute reisen können, einkaufen können oder Restaurants besuchen können.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Haben Sie eine Seite überschlagen, oder warum ergibt das keinen Sinn?)

Auch diese Bürgerinnen und Bürger haben ja recht. Es ist doch nicht falsch, ethische Ansprüche zu formulieren.

Andere Bürger fragen uns: Wo ist denn der Nachweis, dass einzelne Maßnahmen etwas bringen, zum Beispiel beim Tennis, beim Golf, im Fitnessstudio, im Restaurant, bei der Trennung von Familien, bei der Schließung von Geschäften oder bei dem Verbot von Veranstaltungen unter freiem Himmel?

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Genau. – Zur Wahrheit gehört doch dazu: Keiner von uns kann diesen Nachweis erbringen. Das kann niemand. Bei dieser Pandemie tappen wir noch dermaßen im Dunkeln, dass wir eben keine andere Wahl als massive pauschale Kontaktbeschränkungen haben.

Wir müssen uns aber sehr ernsthaft mit den Gefühlen und den Problemen der Menschen auseinandersetzen; denn wir dürfen in dieser sehr schwierigen Situation nicht auch noch die Akzeptanz und das Vertrauen der Menschen verlieren. Deshalb werbe ich sehr dafür, dass wir uns in der Auseinandersetzung hier im Hohen Haus – sie gehört dazu und ist auch wichtig – auf das Wesentliche konzentrieren.

Es sollte auf das Klein-Klein verzichtet werden, das nur von der Motivation getrieben ist, die Regierung und die Koalition zu kritisieren, weil das prinzipiell zum Geschäft gehört. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Krise nicht! In dieser Krise steht Verantwortung im Vordergrund – und nicht prinzipielle Kritik.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Bürger sehnen sich nach Freiheit und wollen – das kann man unterschiedlich betonen – natürlich leben. Impfen scheint die große Lösung zu sein. Zunächst impfen wir – das ist richtig – die verschiedenen bedrohten Gruppen in Altenheimen, in Pflegeheimen. Anschließend werden die Impfzentren mit Impfstoffen beliefert, damit auch dort geimpft werden kann.

Innovation und Forschung gehören genauso dazu wie die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Gesundheitsämter, aber auch die Disziplin aller Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, die heute schon mehrfach gelobt wurde. Das gilt übrigens auch für Rückkehrer aus Risikogebieten. Sie sollten nicht einfach im Land herumfahren, sondern sich an die Quarantänezeit halten.

Nur wenn wir diese verschiedenen Faktoren beachten und umsetzen sowie die Probleme lösen, werden wir das erreichen, was die Menschen wollen: Sie sehnen sich nach wie vor – ich habe es gerade gesagt – nach Freiheit, und Sie wollen natürlich leben.

Der überwiegende Teil der Bürgerinnen und Bürger hält sich an geltende Regeln. Ob es nun Gebote oder Verbote sind, ganz wenige Menschen suchen nach den heute mehrfach genannten Schlupflöchern. Misstrauen – davon bin ich überzeugt – macht die Lage noch schlimmer. Wenn wir aus diesem Hohen Hause an die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen die Botschaft „Wir misstrauen euch; wir müssen euch alles verbieten; Gebote reichen uns nicht“ senden, werden wir das Gegenteil von dem erreichen, was wir wollen.

Viele Menschen sind froh, wenn wir ihnen erklären, was wir wollen. Wenn wir sie damit überzeugen, wie wir diese Ziele erreichen wollen, werden sie uns auch folgen. Das hat etwas mit Überzeugung und mit Geboten zu tun; Verbote sind oft der falsche Weg.

Ich bin froh, dass die Regierung bei den immer wieder neuen Entwicklungen, die es in dieser Pandemie gibt, nicht auf den ersten Schnellzug aufspringt, der vorbeifährt. Man sollte vorher wissen, wohin der Zug fährt. Man sollte sich den Plan anschauen und abwägen, wie man sein Ziel am besten erreicht. Der erste Zug ist nicht immer der Beste, manchmal ist der vierte oder fünfte Zug weitaus besser. Ich bin froh, dass diese Regierung im Gegensatz zu anderen Landesregierungen diese Strategie wählt: Nicht der erste Zug ist der Beste, vielmehr sollte man abwägen und zunächst den Plan anschauen.

Zum Schluss komme ich noch zu einigen Aspekten, Frau Präsidentin. Am Thema „Coronaregionalverordnung“ hängt man sich jetzt auf. Bei einer Inzidenz von 200 gibt es eine Beschränkung der Mobilität auf 15 km. Wir alle wissen genau, dass der Kanzleramtsminister und die Kanzlerin eine ganz andere Regelung wollten: Die Mobilität sollte ab einer bestimmten Inzidenz auf 5 km reduziert werden. Es gibt eben unterschiedliche Auffassungen.

Nordrhein-Westfalen hat sich mit Armin Laschet erfolgreich für eine pragmatische, akzeptable Lösung eingesetzt. Trotzdem gibt es an diesem jetzt geschaffenen Instrument bei verschiedenen Gruppen im ganzen Land große Zweifel; auch die FDP hat bundesweit – und auch diese Landtagfraktion – Zweifel an diesem Instrument. Landräte und Kreistage – nicht alle, aber einige – wünschen sich dieses Instrument jedoch.

Auch einige Oberbürgermeister – und das geht über die drei Genannten hinaus – wünschen sich dieses Instrument; das gilt ebenso für Stadträte. Das müssen wir respektieren, und das werden wir auch respektieren, weil wir nur gemeinsam aus dieser Pandemielage herauskommen. Wir machen das gemeinsam mit der kommunalen Familie; nicht von oben herab, sondern indem wir mit ihnen reden. Das machen wir Tag für Tag, und es ist am Ende auch ein erfolgreicher Weg, den diese Koalition geht.

Am Schluss möchte ich noch sagen, dass der Kurs der FDP der Kurs der Vernunft ist und im Folgenden sechs Punkte nennen:

Erstens. Wir dürfen das Gesundheitssystem nicht überfordern.

Zweitens. Die Maßnahmen müssen verhältnismäßig und tauglich sein. Diese Maßnahmen müssen ständig überprüft werden, zum Beispiel wieder am 17.01., wenn wir eine neue Datenlage haben.

Drittens. Wir wollen die Menschen von diesen Maßnahmen überzeugen. Begründete Gebote überzeugen oft mehr als Verbote. Respekt vor den eigenen vier Wänden – wir haben heute mehrfach darüber gesprochen – gehört dazu.

Viertens. Wir wollen die effektivsten Regeln, und das müssen nicht immer die härtesten Regeln sein.

Fünftens. Soziale und wirtschaftliche Schäden müssen berücksichtigt werden; sie stehen sehr im Blickpunkt der Bevölkerung.

Sechstens. Versprochene Hilfe muss gewährt werden.

Thomas Kutschaty hat vorhin gesagt, dass man Vertrauen nicht verspielen dürfe. – An diesem Rednerpult sagte er zudem vor einigen Monaten: Bei den Novemberhilfen darf keiner durch das Raster fallen.

(Zuruf von der SPD)

Wir erleben allerdings, dass reihenweise Betriebe, Mittelständler, Familien, Kellnerinnen und Kellner durch das Raster fallen. Die Novemberhilfe ist noch nicht in Gänze angekommen. Abschläge der Novemberhilfe werden aktuell in diesen Tagen ausgezahlt, sie sind bei vielen immer noch nicht angekommen. Verantwortlich dafür ist die SPD mit Finanzminister Olaf Scholz.

(Beifall von der FDP – Heiterkeit von Christian Dahm – Zuruf)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie vorsichtig mit der Aussage, dass man Vertrauen nicht verspielen solle. – Solche Aussagen treffen einen oft selbst.

(Christian Dahm [SPD]: Wer zahlt denn die Wirtschaftshilfen aus? – Zuruf von der SPD: Wer ist denn der Wirtschaftsminister? – Weitere Zurufe von der SPD)

Zum Schluss ein Appell, der das Gemeinsame hervorheben soll: Ohne flächendeckendes Impfen werden wir die Coronakrise nicht meistern. Deswegen lassen Sie uns gemeinsam Vorbild sein und die Leute motivieren und animieren, sich impfen zu lassen. So kommen wir gemeinsam aus der Krise heraus. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Kollege Wagner das Wort.

Markus Wagner^{*)} (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Die gebrochenen Corona-Versprechen der Politik!“, „Die vier Lockdown-Denkfehler der Regierung“, „Das absurdeste Merkel-Papier aller Zeiten“ – das ist nur eine kleine Auswahl der Schlagzeilen der vergangenen Tage.

Teile der Medien rechnen nun mit Ihnen und Ihrer halsstarrigen, angeblich so alternativlosen Lockdown-Politik ab. Ihre unsinnige Lockdown-Begründung lautet: Wir müssen auf einen Inzidenzwert von 50 kommen. – Dabei wissen Sie ganz genau, meine Damen und Herren: Das geht nicht im Winter. Herr Laschet – er ist gerade nicht da –, ich fordere Sie auf: Stellen Sie sich hier ans Mikrofon, und erklären Sie mir, erklären Sie dem Volk, wie Sie im Winter auf einen Inzidenzwert von 50 kommen wollen. – Das geht nicht.

(Beifall von der AfD)

Wenn das die Grundlage Ihrer Politik bleiben soll, trudeln wir von einem Lockdown in den nächsten, bis das bessere Wetter im Frühjahr die Viren von ganz alleine zurückdrängt. Bis dahin werfen Sie die Druckerpresse an und verschulden die nachfolgenden Generationen.

„Schluss damit!“ – das fordern nicht nur der grüne Oberbürgermeister Boris Palmer und wir als AfD, sondern auch immer mehr Professoren und Wissenschaftler. Wenn die Regierung am Ziel der 50er-Inzidenz festhält, dauert dieser Lockdown noch mehrere Monate. Das sei der falsche Weg, so Palmer: „Es reicht jetzt, wir müssen leben.“

Anfang Februar müssen wir kontrolliert wieder aufmachen.

Für diese willkürliche 50er-Inzidenz verursachen Sie Kurzarbeit, Jobverlust und Insolvenzwellen. In den Innenstädten wird das die Struktur der Wirtschaft nachhaltig verändern. Viele Kleine kommen nicht durch, das heißt, wir bekommen noch mehr Kettenkonzerne und noch mehr Konzentration auf Quasimonopolisten wie Amazon und Co.

Und: Sie zementieren den Schuldenstand – das können wir als Partei der sozialen Marktwirtschaft nicht dulden. Wir können doch auch nicht dulden, dass Menschen unnötig leiden. Und: Sie leiden unter Existenzangst. Sie leiden unter Einsamkeit. Sie leiden unter Depressionen. Es gibt noch andere Krankheiten, Krebs- oder Herzleiden zum Beispiel, auf die kaum noch jemand aus der Politik schaut. Wo sind da die Anstrengungen der Politik? Und dort, wo wirklich an Corona gestorben wird, bei den über 80-Jährigen in

den Altenheim, haben Sie versagt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

All das spaltet unsere Gesellschaft. Und die Spaltung wird vertieft, dadurch, dass Sie uns alle paar Wochen erzählen, was das angeblich einzig Richtige sei. – Alle, die das infrage stellen, jeder Wissenschaftler oder Arzt, ist dann eben angeblich ein Covidiot oder Schlimmeres wie zum Beispiel ein Nazi. Ein paar Wochen oder nur Tage später ist dann wieder das Gegenteil richtig – angeblich.

Nun ist es neuerdings so, dass ich zwar meinen Nachbarn alleine treffen darf, aber nicht zusammen mit meiner Frau, wohingegen mein Nachbar mich und meine Frau treffen darf. Und wenn es nach der SPD geht, soll diese Regelung in den Wohnungen dann auch noch kontrolliert werden. Aber bei ALDI und in der Bahn dürften wir uns dann wieder alle gemeinsam treffen. Sie kommen wahrscheinlich bei dieser Logik nicht ganz mit, meine Damen und Herren. Ich muss Ihnen gestehen: Das geht mir auch so.

Das Ganze ist ungefähr so unsinnig wie die 15-Kilometer-Regel, die Sie, Herr Laschet, erst im Bund mitbeschließen, dann in NRW zunächst auf die Kommunen abgeschoben haben, nur um dann gestern die 15-Kilometer-Regel doch einzuführen.

Herr Laschet, wer soll eine solche Politik noch ernst nehmen? Wer soll da eigentlich noch Vertrauen entwickeln?

Nicht nur, dass diese Regelung medizinisch nicht untermauert ist – sie ist deswegen auch verfassungsrechtlich mehr als zweifelhaft –, nein, sie wird wie so viele Regeln in einem vertrauenzerstörenden Hü- und Hott-Verfahren vor die Wand gefahren. Aushalten und durchblicken sollen dann da, wo es Ihnen an Durchblick fehlt, die Bürger.

Meine Damen und Herren, so geht das nicht. Das ist keine Politik eines Staatsmannes, dem das Volk vertrauen kann. Das ist unterirdisch.

(Beifall von der AfD)

Aber es passt ja in die Phalanx der ach so weisen etablierten Politik, die jeden abkanzelt, der sieht: Der Kaiser ist nackt.

Auch in der Schulpolitik. „Eine weitere flächendeckende Schulschließung kommt nicht infrage“, sagte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek Ende September. Ah, ja.

Und die hiesige FDP-Schulministerin hat dazu schon so viele Meinungen vertreten, dass einem schwindlig wird. Ohnehin ist die FDP da leider ein Totalausfall, vielleicht von Herrn Kubicki mal abgesehen.

Noch ein Zitat:

„Man würde mit dem Wissen von heute, das kann ich Ihnen sagen, keine Friseure mehr schließen und keinen Einzelhandel mehr schließen. Das wird nicht noch einmal passieren.“

Das sagte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn im September.

(Heiterkeit von Helmut Seifen [AfD])

So viel zum Urteilsvermögen von Jens Spahn. Was für eine Selbstentlarvung.

Jens Spahn setzt auch noch einen drauf:

„Ich könnte es als deutscher Gesundheitsminister jedenfalls schwer erklären, wenn in anderen Regionen der Welt ein in Deutschland produzierter Impfstoff schneller verimpft würde als in Deutschland selbst.“

Es ist unfassbar,

(Helmut Seifen [AfD]: Jawohl!)

was dieser Mann schon alles vom Stapel gelassen hat und wie er nur wenig später von der Realität seines eigenen Handelns eingeholt wird.

Und der Nächste:

„Wir verordnen eine Vier-Wochen-Therapie ... Wenn wir das jetzt gemeinschaftlich gut bewerkstelligen, dann haben wir eine gute Basis, um über den Winter zu kommen. Das ist keine Dauerschleife nach dem Motto: ein Monat Lockdown ... und dann wieder, und dann noch einmal und zurück.“

(Heiterkeit von Helmut Seifen [AfD])

Das sagte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder bei der Verkündigung des Lockdown Light am 28. Oktober.

(Helmut Seifen [AfD]: Das ist ein Märchenerzähler!)

Das ist einfach nur irre, wie Söders eigene Fehler zu einer immer groteskeren Selbstradikalisierung dieses Politikdarstellers führen. Und da hat Kubicki recht, wenn er sagt: „Gott schütze uns vor Markus Söder“, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Aber wie steht es um den Erfolg Ihrer Politik?

„Neue Horror-Zahlen zeigen: Die Bundesregierung hat Corona nicht ansatzweise im Griff.“

So titelt die Ihnen doch eigentlich nahestehende „Bild“.

Obwohl Deutschland seit November im Lockdown ist, sterben hierzulande auf die Einwohnerzahl gerechnet derzeit mehr Menschen an oder mit Corona als in den meisten EU-Staaten und mehr als in den USA Donald Trumps.

Meine Damen und Herren, so manches Mal hätte ich lieber nicht recht gehabt. Sie wollten nicht hören, Sie wussten angeblich immer alles besser.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Seit Monaten zitieren mein Kollege Dr. Vincentz und ich Wissenschaftler und Ärzte noch und nöcher mit guten Argumenten. Geschützt wurden Sie dabei nur durch den Ihnen nahstehenden politisch-medialen Komplex.

Aber die letzten Tage und Wochen geben Hoffnung. Denn die Berichterstattung beginnt sich zu drehen und wird differenzierter, und sie beginnt zu hinterfragen, und immer mehr Mediziner kommen zu Wort, die das, was Drost, Merkel und Sie, Herr Laschet, für der Weisheit letzter Schluss halten, ganz anders sehen.

Seit Langem habe ich hier im Haus – anfangs noch relativ einsam – gemeinsam mit meiner Fraktion für die klare und eindeutige Fokussierung auf den Schutz Älterer und Vorerkrankter gekämpft und wieder und wieder den Experten – den Experten, denen Sie nicht zuhören wollen, wie den Professoren Streck, Schrappe, Kekulé, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und den vielen ärztlichen Spitzenverbänden – eine Stimme gegeben.

Nun haben wir endlich Bewegung in den Medien. Die Einheitsmeinung kommt ins Wanken. Immerhin, mindestens die „WELT“ und die „Bild“ und gestern auch „hart aber fair“ kommen nun dem nach, was man journalistisches Ethos nennt. Lange hat sich die vierte Gewalt – teilweise zwangsfinanziert – ja nicht als Kontrolleur der Regierung verstanden, sondern eher als deren Verkünder.

Nun aber liest man – ganz auf meinem Kurs –:

„Die Epidemie wurde ausgelöst durch einen Virus, das ist klar ... Aber für die hohen Sterbezahlen ausschließlich bei Älteren und Hochbetagten, dafür trägt die Politik die Verantwortung.“

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, das sagt Medizinprofessor Matthias Schrappe, Ex-Vizechef des Sachverständigenrats für Gesundheit der Bundesregierung.

Die Regierung hat sich „gegen fachkundige Beratung dazu entschlossen, nur auf Lockdowns zu setzen und auf gezielte Schutzmaßnahmen für Ältere zu verzichten.“ – So Professor Schrappe. Das ist „krachend gescheitert“, die Folgen seien „katastrophal“, so sein erschreckendes Fazit. Und er ist mit diesem Urteil nicht alleine.

Fakt ist: Im Dezember kamen bis zu 86 % aller Coronatoten aus Pflegeheimen. Auch in NRW kam über die Hälfte der Verstorbenen aus Pflegeheimen. Dennoch haben die Heime noch immer – noch immer – zu

wenig Ressourcen, um Mitarbeiter und Besucher konsequent zu testen.

Sie begründen doch die strengen Maßnahmen mit den hohen Corona-Todeszahlen. Aber dort, wo die Menschen wirklich an oder mit Corona sterben, funktionieren Ihre Lockdown-Maßnahmen nicht.

Auf das Impfchaos kann ich aus Zeitgründen leider kaum eingehen. Aber es ist eine Schande für unser Land. Deutschland steht hinten, und in Deutschland steht Nordrhein-Westfalen wie so oft auch beim Impfen wieder auf den unteren Rängen, weit hinter dem auch so bösen Großbritannien, den USA und Israel.

Die ehemalige SPD-Bürgermeisterin von Kiel schreibt in der „WELT“ – ich zitiere –:

„Die Kanzlerin und ihr Gesundheitsminister Jens Spahn haben sich in der Corona-Krise von Anfang an ein falsches, weil unerreichbares Ziel gesetzt: Sie bekämpfen die schiere Zahl der Infektionen. Dafür werden die Grundrechte aller Bundesbürger eingeschränkt, dafür hat sich der Parlamentarismus praktisch selbst aufgegeben, dafür werden Firmen geopfert, die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern beschnitten, Singles quasi zu Hausarrest verurteilt und weit draußen selbst Rodelpisten von der Polizei gesperrt.“

Meine Damen und Herren, wenn die Polizei nicht mehr Verbrecher jagt, sondern die Kinder vom Schlitten, wenn niemand mehr weiß, ob, wann und zu wie vielen er jetzt noch seine Familie besuchen darf, dann verspielen Sie das Vertrauen von immer mehr Menschen.

Die Bevölkerung verhält sich seit fast einem Jahr überwiegend vorbildlich. Viele haben Sorgen, wie sie ihre Rechnungen und Mieten bezahlen sollen, Sorgen, wie die Kinder betreut und gebildet werden, Sorgen um ihre Großeltern.

Corona ist eine Zumutung. Genau deswegen aber darf Ihre Politik keine weitere Zumutung sein. Unser Land kann es besser, aber Sie müssen endlich dafür sorgen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Wagner. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch von meiner Seite aus noch einmal ein gutes neues, gesundes Jahr für Sie alle.

Ein neues Jahr ist auch immer die Chance, miteinander auch in einer veränderten Tonlage zu

diskutieren, und ich habe den Eindruck, dass das hier heute der Fall gewesen ist. Ich glaube, dass das dem Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen, der Pandemiebekämpfung, auch angemessen ist und möchte mich dafür auch bei den Vorrednern ausdrücklich bedanken. Es ist meines Erachtens wichtig, in der Diskussion hier auf die einzelnen Dinge, die die Opposition uns in ihrer natürlich kritischen Haltung vorwirft, einzugehen.

Wir sind – so geht es wohl uns allen – in Bund und Ländern in einer ausgesprochen schwierigen Situation, und zwar weil wir keine belastbaren Daten haben.

Ich denke, wir müssen uns auch über das Meldewesen in Deutschland insgesamt unterhalten. Für mich ist nicht wirklich nachvollziehbar, dass wir nicht in der Lage sind, sicherzustellen, dass alle Ämter bundesweit – es handelt sich nicht um ein nordrhein-westfälisches Problem; es gibt sogar andere Länder, in denen das noch dramatischer ist – dem RKI auch am Wochenende valide Zahlen melden können.

Darüber hinaus haben wir – mein Vorredner hat das völlig ignoriert – die Situation, nicht zu wissen, in welcher Form wir möglicherweise mit der Mutation dieses Virus konfrontiert sind. Deswegen müssen wir in den nächsten Tage und möglicherweise noch über Wochen genaue Untersuchungen dazu anstellen. Es braucht in der Bundesrepublik Deutschland eine andere Sequenzierung als es sie in der Vergangenheit gab, damit wir Klarheit darüber bekommen und damit erkennbar wird, was diese Mutation für das Pandemiegeschehen hier in Deutschland und möglicherweise bei uns in Nordrhein-Westfalen bedeutet.

Die Wissenschaftler – beispielsweise Herr Professor Drosten – haben gesagt, es sei nicht klar, ob eine solche Mutation hier Fuß fassen, ob und in welchem Umfang sie ansteckender sei und ob sie vielleicht stärkere oder weniger starke Krankheitsverläufe provoziere.

Deswegen hat die Wissenschaft uns gewarnt und uns darum gebeten, in dieser Situation besonders vorsichtig, übervorsichtig zu sein. Wir als Landesregierung handeln entsprechend. Deswegen haben wir an unserem Kurs bestimmte Dinge ändern müssen. Wir mussten Dinge ändern, bei denen uns das schwergefallen ist.

Mit Blick auf die Eltern in Nordrhein-Westfalen ist mir wichtig, noch einmal deutlich zu sagen, dass wir an der Betreuung für diejenigen, die darauf angewiesen sind, weiterhin festhalten werden. Wir werden nicht den Weg gehen, den Sie am 2. oder 3. Januar vorgeschlagen haben,

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration weist in Richtung der SPD-Fraktion.)

in Kitas und Schulen Betretungsverbote auszusprechen – mit einer Notbetreuung für die sogenannten systemrelevanten Berufe. Wir haben uns entschieden, das nicht zu tun, weil das eine Lehre aus dem Frühjahr ist. Wir haben erlebt, wie es zu unglaublicher Missgunst zwischen Eltern gekommen ist. Es ist sehr schwer darzustellen, warum wie im Frühjahr – ich greife mal willkürlich Berufsgruppen heraus – der Notar, der Rechtsanwalt, der Müllwerker sein Kind zur Notbetreuung in die Kita bringen dürfen sollte, die Fachverkäuferin im Einzelhandel aber nicht. Das war eine Diskrepanz; da sind Ungerechtigkeiten entstanden – selbst dann, wenn die besagte Fachverkäuferin zu Hause einen älteren Pflegefall hatte.

Da müssen wir also zusehen, einen Weg zu gehen, der sich nach Möglichkeit an den unmittelbaren Bedarfen in den Familien in dieser schwierigen Zeit orientiert.

Ich bin, auch von der Presse, dafür kritisiert worden, dass Yvonne Gebauer und ich einen moralischen Appell an die Eltern gerichtet haben. Wie wollen wir aber denn diese Krise anders überstehen, als alle gemeinsam Eigenverantwortung und Solidarität zu üben? Anders werden wird das nicht hinkommen.

Ich bin dankbar dafür, dass ich für den Kitabereich sagen kann, dass in dem Bereich, den wir jetzt monitoren konnten, zwei Drittel – in der ersten Januarwoche sogar drei Viertel – der Eltern davon Gebrauch gemacht haben. Ich bin ihnen allen ausgesprochen dankbar, weil ich weiß, welch individuelle Opfer das in den Familien verlangt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eine Betreuungsgarantie für diejenigen, die darauf angewiesen sind, bleibt bestehen.

Herr Kutschaty, wir haben mit der Umstellung auf den Distanzunterricht in der Tat eine ausgesprochen schwierige Entscheidung treffen müssen. Frau Kollegin Gebauer hat dazu mit den unterschiedlichen Akteuren, die im Schulbereich Verantwortung tragen, intensiv beraten. Dabei hat man sich gemeinsam für den Weg entschieden, das für diesen Zeitraum verändern zu wollen.

Wenn wir uns alle im neuen Jahr neue Redlichkeit im Umgang miteinander vornehmen, dann bitte ich darum, die Schulministerin dann auch korrekt zu zitieren. Sie hat gesagt, sie wolle den Distanzunterricht über den 31.01.2021 hinaus so nicht fortführen und dass es natürlich vom Infektionsgeschehen abhängig ist. Aber es ist auch klar, dass wir nicht zulassen dürfen, dass alle Kinder über Wochen nicht in die Schule kommen. Die Stichworte „Kindeswohlgefährdung“ und „schwierige Lernverhältnisse zu Hause“ wurden bereits erwähnt. Es geht dann doch darum, dass wir gemeinsam organisieren, dass wir hier eine solche Anbindung an die Schulen bekommen, dass

Dinge, die möglicherweise liegen geblieben sind, zügig aufgearbeitet werden können.

Dazu sage ich noch, dass Sie uns – wir beide haben darüber gesprochen – am Ende des Schuljahres daran messen können, ob neben der Betreuungsgarantie, die wir aufrechterhalten, auch die Bildungsgarantie funktioniert hat. Sie können uns daran messen, ob wir es geschafft haben, dieses Schuljahr und auch das, was an frühkindlicher Bildung, an Hinführung zur Grundschule im Kindergarten notwendig ist, aufzuholen. Wir stehen dazu, dass wir das erreichen wollen.

Herr Kutschaty, Sie haben die Kinderkrankentageregelung angesprochen. Auch Ihr Kollege Maelzer hat sich in einer Pressemitteilung dazu geäußert. Ich sage Folgendes ganz deutlich, damit auch diesbezüglich nicht wieder Verwirrung bei den Eltern entsteht: Diese Regelung trifft nicht das Land, sondern der Bund.

Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich eine Meldung der Deutschen Presse-Agentur von 13:54 Uhr:

„Für Familien gibt es nun mehr Klarheit bei den geplanten zusätzlichen Kinderkrankentagen in diesem Jahr. Die Extra-Tage sollen nicht nur bei geschlossenen Schulen und Kitas genutzt werden können, sondern auch, wenn lediglich die Anwesenheitspflicht ausgesetzt ist oder der Zugang zur Kita eingeschränkt wurde, teilte das Bundesgesundheitsministerium am Dienstag mit. Laut einer der Deutschen Presse-Agentur vorliegenden Formulierungshilfe für einen entsprechenden Gesetzentwurf gilt das auch, wenn Eltern lediglich gebeten wurden, ihre Kinder nicht in die Kita zu bringen.“

Für genau diese Formulierung habe ich im Vorfeld der Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin gekämpft. Unser Ministerpräsident hat sie in dieser Runde durchgesetzt, und sie kommt nun so ins Gesetz des Bundes.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Ich denke, wir wollen uns hier noch einmal gemeinsam mehr damit beschäftigen, worauf es ankommt. Ich bin der Meinung, dass man hinsichtlich der Einzelmaßnahmen immer unterschiedlicher Auffassung sein kann. Wir sollten uns da nicht in Nebenkriegsschauplätzen verkämpfen.

Zu der 15-km-Regelung kann ich, weil Sie, Herr Kutschaty und Frau Kollegin Schäffer, das Thema angesprochen haben, sagen, dass es so kommt, wie ich es bei „Westpol“ angekündigt habe. Sie kommt also für die Kommunen, die das wollen.

Zum Thema „Privatwohnungen“ haben wir hier Nordrhein-Westfalen neben der Verbotsregelung im

öffentlichen Raum die klare Gebotsregelung. Gebote stellen ja auch eine klare Anweisung dazu, was zu gelten hat und was nicht, dar.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das steht aber nicht in der Verordnung!)

Mit dieser Regelung von Verboten im öffentlichen Raum und Geboten im privaten Raum sind wir genau wie Rheinland-Pfalz und Hessen bisher ausgesprochen gut durch die Krise gekommen. Damit gehen unsere Bürgerinnen und Bürger sehr verantwortungsvoll um. Das zeigen auch die entsprechenden Zahlen.

Meine Damen und Herren, trotzdem schlage ich vor, dass wir uns jetzt nicht nur über die Nebenkriegsschauplätze unterhalten, sondern auch über die grundsätzliche strategische Ausrichtung, wie es weitergeht; denn das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns.

Wir brauchen die andere, umfassendere wissenschaftliche Untersuchung der Fragestellung: Gibt es Mutationen? Was ist in diesem Bereich zu erwarten? – Dafür benötigen wir die umfassende Sequenzierung, die jetzt vom Bundesgesundheitsministerium vorbereitet wird. Ich würde mir wünschen, dass das noch etwas schneller ginge.

Wir brauchen darüber hinaus den Schutz der Vulnerablen. Bundesweit kommen 80 % der Toten aus den Pflegeheimen. Deshalb ist das die vordringlichste Aufgabe.

An dieser Stelle bin ich übrigens unserem Landesgesundheitsminister Karl-Josef Laumann sehr dankbar; denn er macht das mit sehr viel Herzblut. Was den Schutz der Pflegeheime angeht, sind im Übrigen unsere Zahlen auch besser als in vielen anderen Ländern.

Dennoch ist doch jetzt für uns alle das Entscheidende, dass so schnell wie möglich so viel Impfstoff wie möglich beschafft wird, damit es ruck, zuck gelingt, alle Pflegeheime durchgeimpft zu haben, alle Ü80 geimpft zu haben und alle im Gesundheitssystem geimpft zu haben, die mit COVID in Kontakt kommen.

Dies würde ich doch zum Kriterium dafür machen, wann wir Maßnahmen verändern. Ich will ausdrücklich sagen, weil mir in den sozialen Medien anderes unterstellt worden ist: Das ist kein Abweichen davon, dass wir natürlich alle zero COVID wollen.

Wir haben hier aber auch alle gemeinsam die eigentliche Einschränkung von Grundrechten damit begründet, dass wir die Überlastung der Intensivmedizin um jeden Preis verhindern wollen. Dafür haben wir bisher einen unglaublichen Preis bezahlt. Das war auch richtig. Das müssen wir auch beibehalten.

(Helmut Seifen [AfD]: Der Preis war zu hoch!)

Insgesamt müssen wir aber doch die Veränderungen nicht nur an irgendeine Inzidenzwerte gekoppelt auf den Weg bringen, sondern erst dann, wenn die Intensivmedizin gesichert ist. Das heißt: Impfung der Vulnerablen insbesondere in den Pflegeheimen, Impfung der über 80-Jährigen und Impfung des Krankenhauspersonals. Wenn wir das erreicht haben, müssen wir an diesem Datum auch Grundrechtseinschränkungen zurücknehmen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist eine strategische Alternative, über die es sich zu diskutieren lohnt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, dazu möchte ich Sie ganz herzlich einladen. Üben Sie weiter Kritik. Bleiben Sie dabei fair. Ich fand die Debatte heute insgesamt vernünftig. Lassen Sie uns in den kommenden Wochen nicht in erster Linie über Nebensächlichkeiten sprechen, sondern vielleicht über einen gemeinsamen Weg, wie wir diese Krise überwinden können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Herr Abgeordneter Wagner hat sich erneut für die Fraktion der AfD zu Wort gemeldet.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Herr Wagner, Ihre Redezeit läuft!)

Markus Wagner^{*)} (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Stamp, Sie haben eben richtig gesagt, dass es das Ziel sein muss, die Überlastung der Intensivstationen zu verhindern.

Wie verhindert man sie aber? Man verhindert sie, indem man die Risikogruppen wirksam schützt.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja!)

Was war denn am 28. Oktober letzten Jahres, als genau das gefordert wurde? Kanzlerin Merkel hat das einfach zur Seite gewischt – nach dem Motto, eine vollständige Abschirmung der Risikogruppen sei nicht möglich. Das wollte aber auch niemand. Und Herr Drosten sagte, dass man diese Strategie entschieden ablehne.

Was war in Nordrhein-Westfalen? Ich verweise nur auf die Allgemeinverfügung Pflege und Besuche vom 21. Dezember 2020,

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja!)

in der es hieß, dass auch Besuchern von Alten- und Pflegeheimen, die den Coronaschnelltest verweigern, der Zutritt zu gewähren sei.

Erst der Widerstand der entsprechenden Verbände und die Klage eines Pflegebetriebes haben dazu geführt, dass diese Allgemeinverfügung am 24. Dezember 2020 dahin gehend geändert worden ist, dass nunmehr denjenigen, die die Schnelltests verweigern, der Besuch einer Einrichtung zu verwehren ist.

So sieht Ihr Schutzkonzept aus. Sie brauchen hier doch nicht zu erzählen, dass Sie die Überlastung von Intensivstationen verhindern wollen, wenn Sie so fahrlässig mit dem Schutz der Risikogruppen umgehen! – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich sowohl die Aussprache als auch unsere heutige Sitzung schliesse.

Das Plenum berufe ich wieder ein für – diese Plenarsitzung haben wir bereits vereinbart – Mittwoch, den 27. Januar 2021, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen noch einen angenehmen Tag. Bleiben Sie gesund!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:06 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.